

Metallarbeiter-Zeitung

Organ für die Interessen der Metallarbeiter

Publikationsorgan des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes u. d. Allg. Kranken- u. Sterbekasse der Metallarbeiter

Erscheint wöchentlich am Samstag.
Abonnementpreis pro Quartal 1 Mark.
Eingetragen in die Reichspost-Zeitungsliste.

Verantwortlich für die Redaktion: Joh. Jäger.
Redaktion und Expedition: Stuttgart, Röderstraße 16a part.
Telephonruf: Nr. 8800.

Insertionsgebühr pro sechsgepaltene Kolonieheft:
Arbeitsvermittlung 1 Mark, Privatanzeigen 2 Mark.
Geschäftsinserate finden keine Aufnahme.

In einer Aufl. von

540000
EXEMPLAREN

erscheint diese Ztg.

Unsere Jahresabrechnung für 1911.

Die Entwicklung des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes war auch im Jahre 1911 eine gute. Er konnte zwar nicht seine Mitgliederzahl so steigern, wie im Jahre 1910, auch nicht um die 63520, die ihm das Korrespondenzblatt in seiner Nummer 1 zugedacht hat, aber die Zunahme von 51129 ist doch höher, als sie viele von uns erwartet hatten. Wir kennen ja alle die Ursache, daß unsere Zahl nicht noch mehr gewachsen ist: die von der Mannheimer Generalversammlung beschlossene Beitragserhöhung. Dass diese Erhöhung aber notwendig war, das haben uns die Erfahrungen, die wir danach im Laufe des Jahres noch gemacht haben, deutlich gezeigt. Sie war notwendig, um die vielen Ansprüche, die durch die Lohnbewegungen und die freien Aussperrungen an die Hauptkasse des Verbandes gestellt wurden, erfüllen und auch noch Mittel erübrigen zu können. Das ist erfreulicherweise gelungen, womit wir nicht sagen wollen, daß uns unser Kriegsfonds als ausreichend erscheint. Wir haben früher schon betont, daß wir einen „eisernen“ Fonds von mindestens 20 Millionen haben müssen, wenn wir die Illusionen der Scharfmacher, uns durch Aussperrungen schachmatt setzen zu können, restlos zerstören wollen. Berücksichtigen wir ihnen diese Illusionen, dann werden viele Kämpfe überflüssig, es werden dann auf dem Verhandlungswege Differenzen erledigt werden, für die jetzt noch Streiks nötig sind. Die Notwendigkeit der Schaffung eines solchen Fonds dürfen wir nicht aus den Augen verlieren, denn nicht nur die Kämpfe, die wir in der Metallindustrie zu führen haben, beweisen sie uns, sondern namentlich die Kämpfe in anderen Gewerben. Wir müssen unsere Kämpfe, und seien sie noch so zahlreich und kostspielig, nicht nur stets mit eigenen Mitteln führen können, sondern wir müssen auch imstande sein, die Arbeitsbrüder anderer Gewerbe bei ihren Kämpfen zu unterstützen, wenn es nötigt.

Betrachten wir nun kurz die in dieser Nummer enthaltene Jahresabrechnung unseres Verbandes. Der Mitgliederstand war Ende des Jahres 1911:

	1910	1911	Zunahme
Männliche Mitglieder	426989	478058	46069
Weibliche	23672	26069	2391
Jugendliche	18355	16024	2669
Zusammen	464016	515145	51129

Die Fluktuation im Mitgliederstande war im Berichtsjahr eine sehr große. Es ist dies hauptsächlich auf die Beitragserhöhung zurückzuführen, dann aber auch auf die zahlreichen und langwierigen Lohnkämpfe, während welcher viele Mitglieder abreisten und anderswo nicht gleich wieder den Anschluß an den Verband fanden. Es sind beigetreten: 155992 (1910: 159518) erwachsene männliche, 18873 (1910: 15587) weibliche, 16571 (15539) jugendliche, zusammen 191436 (194644) Mitglieder. Die Zunahme im einzelnen ist aus obiger Tabelle zu ersehen. (Im Jahre 1910 betrug die Zunahme: erwachsene männliche Mitglieder 77048, weibliche 8124, jugendliche 5495, zusammen 90667.)

Auf die einzelnen Agitationsbezirke verteilen sich die 515145 Mitglieder:

Bezirk	1910	1911	Zunahme
1. Bezirk	11286	12884	1598
2.	11298	12613	1375
3.	11720	18050	1310
4.	70369	82099	11730
5.	56115	62054	5939
6.	44049	52146	8097
7.	61176	65111	3935
8.	26871	28116	1245
9.	51266	53962	2696
10.	39884	44618	4784
11. (Berlin)	79854	88272	8418
Hauptkasse	238	240	2
Zusammen	464016	515145	51129

Die reinen Einnahmen des Verbandes für die Hauptkasse haben sich bedeutend gesteigert; sie betrugen:

Einnahmen	1910	1911
Beitrittsgelder	86784,20	86084,80
Beiträge	11880886,80	14997539,05
Sonstige Einnahmen	198404,86	193696,48
Zusammen	12166075,86	15276320,33

Die Beitragszahlung blieb trotz der großen Fluktuation nur wenig hinter der im Jahre 1910 zurück. Bei Zugrunde-

legung der durchschnittlichen Mitgliederzahl von 494177 betrug sie (ohne beitragsfreie Marken) pro Kopf 49,26 (1910: 49,85). Es ist dabei jedoch zu berücksichtigen, daß 1910 53 Wochenbeiträge zu leisten waren.

Die Ausgaben für Unterstützungen aus der Hauptkasse haben sich um fast zwei Millionen gesteigert. Folgende Tabelle ermöglicht einen Vergleich mit den zwei früheren Jahren:

Unterstützungen	1909	1910	1911
Reisegeld	824051,70	291264,89	809649,95
Umzugsunterstützung	90569,87	98787,98	124268,65
Erwerbslosenunterstützung			
a) bei Krankheit	9036547,64	2745898,78	8139848,91
b) bei Arbeitslosigkeit	8199286,71	1586318,11	1468324,
Streikunterstützung	577429,91	2803476,40	4247667,80
Maßregelungen	249847,12	149500,40	190973,83
Belohnbare Stolzfälle	55487,05	58687,55	64120,50
Sterbegeld	78492,95	88247,—	104044,70
Rechtschutz	55240,26	43471,86	79805,49
Zusammen	7685903,01	7815592,17	9723208,83

Die Unterstützung bei Streiks und Aussperrungen erforderte also eine ungewöhnlich hohe Summe. Dazu kommen noch die bedeutenden Auswendungen, die die Lokalkassen dafür machen mußten und darüber wir noch besonders berichten werden.

Das Vermögen der Hauptkasse des Verbandes vermehrte sich um 2247908,67 M., von 4112510,94 M. auf 6360419,61 M. Zu dem von uns für notwendig erachteten Kampfreservefonds von mindestens 20 Millionen fehlen also noch circa 14 Millionen Mark. Da in nächster Zeit an eine weitere Beitragserhöhung nicht zu denken ist, so muß um so eifriger für eine weitere bedeutende Steigerung unserer Mitgliederzahl geworben werden. Das gesteckte Ziel ist zu erreichen, wenn jeder Verbandskollege für die Gewinnung neuer Mitglieder tätig ist. Unser Recruitierungsgebiet ist noch lange nicht erschöpft, eine zielbewußte Propaganda wird uns reichen Erfolg bringen.

Der Riesenkampf der Bergarbeiter.

Eine verlorene Schlacht! Verloren durch die Tücke eigener Klassengenossen! Das ist hart. Daß die kämpfenden Bergarbeiter nach Erkenntnis der Situation so verhältnismäßig ruhig die Konsequenzen nachzogen, den Kampf abbrachen und die Arbeit wieder aufnahmen, daß sich nicht solche Szenen wiederholten, wie beim Bruch des Kampfes im Jahre 1905, das gerecht ihnen zur Ehre, das zeigt, wie weit die Auflösung unter ihnen fortgeschritten ist, das gibt aber auch die Garantie besserer Erfolge in der Zukunft — trotz allen Scharfmachers und deren Helfern im „christlichen“ Gewerkschafts Lager.

Witt welchen Mitteln „gearbeitet“ wurde, um die Bergarbeiter um den Erfolg eines ehrlichen Kampfes zu pressen, zeigt folgendes, freiliegende christliche Gewerkschaftsbericht vorgelegte Schriftstück:

„Ich Endesunterzeichneter erkläre hiermit, daß ich nicht streiken will. Ich kann leider jetzt nicht zur Arbeit kommen, weil die Sicherheit auf den Wegen so groß ist, daß ich ohne Gefahr für mein Leben und Gesundheit den Weg nicht machen kann.“

Ich erkläre mich bereit, die Arbeit sofort wieder aufzunehmen, sobald die Behörde dafür sorgt, daß ich dieselbe ohne Gefahr wieder aufnehmen kann.

Datum: Name: Wohnort:

Die „christlichen“ Auto-Arbeiterführer brauchen nicht zu hoffen, daß dies vorgehen wird. Eine weitere Erklärung für den „christlichen“ Streikbruch gibt der bergmännische Direktor eines der bedeutendsten Werke des Rheinlandes in der Eglauer St. Kunibaud (Nr. 123 vom 18. März), indem er schreibt:

Die christlichen Gewerkschaften, die sich dem Zustand nicht angepaßt haben und so der Industrie einen großen Dienst leisten, gehören politisch zum Machtbereich des Zentrums. Auf die neuere Eigenschaft des Zentrums als wichtigste Stütze der Regierung ist denn auch die zu ihrem Verhältnis 1905 gegenwärtige diesmalige Haltung der „christlichen“ zurückzuführen. Welche Gegenrechnung das Zentrum im Reichstag der Regierung aufzumachen wird, bleibt abzuwarten; es ist das auch einer der dunklen Punkte der näheren Zukunft!“

Der Mann hat ohne Zweifel recht. Daß der Streik der „christlichen“ Gewerkschaften nicht der ist, die wirtschaftlichen Interessen ihrer Mitglieder zu vertreten, sondern nur der, dem Zentrum die wegen des „streikenden“ allgemeinen Reichstagswahlrechts nötigen Hilfsgruppen aus der Arbeiterklasse zu verschaffen, zeigt sich aufs neue. Wenn die „christlichen“ Gewerkschaftsführer da und dort gelegentlich etwas schärfer gegen die Unternehmer vorgehen, so geschieht dies nur, damit ihnen von den freien Gewerkschaften nicht der Wind aus den Segeln genommen wird. Jetzt möge so ein „christlicher“ sich aber nur noch einmal wieder erlauben, von der Partei links der sozialdemokratischen Gewerkschaftsführer zu schwafeln.

Von den Behördenverwaltungen wurde den Streikenden mittels einer geschriebenen Postkarte mitgeteilt, daß sie aus der Belegschaftsstelle gestrichen worden seien und daß von ihrem Sohn aufgehalten

der Betrag für sechs Schichten als „Strafe für den Streikbruch“ eingehalten würde. Die hat in Verbindung mit dem schändlichen Streikbruch und mit der Heranziehung des Militärs infolge des „christlichen“ Geschefts, ohne Zweifel ein Abschrecken des Streiks bewirkt. Kommen die Beiden nunmehr auf längere Zeit den notwendigen Ansprüchen genügen, so müßte der Streik natürlich auslösbar werden. Am 19. März fand in Bochum eine Revolutionskonferenz statt. 349 Delegierte stimmt für Fortsetzung des Streiks, 215 dagegen. Da die erforderliche Dreiviertelmehrheit für die Fortsetzung nicht mehr vorhanden war, so bedeutete diese Abstimmung den Bruch des Kampfes. Die Konferenz nahm noch folgende Resolution an:

„Die heutige Revolutionskonferenz der drei Bergarbeiterverbände protestiert mit Entschluß gegen die Überherrschen des Streikgebiets mit Polizei, Gendarmen und Militär und gegen die im Anschluß an diese ungerechtfertigte Maßregel vielfach eingetretene Verhängung der staatsbürglerischen Rechte der streikenden Bergleute durch Verreibung und Verhaftung der gelegentlich gesetzten Streikposten, durch Auflösung von Streikbüros, durch Versammlungsverbote, unbegründete Versammlungsaufzüge, durch das Verbünden der Verbreitung ausländerischer Druckschriften an die Streikenden und an die übrige Bevölkerung, durch Bedrohung und Einschüchterung der Streikenden und der übrigen Volkssteile, durch außerordentlich rücksichtslos vorgehende Polizeimethoden, durch die aus rein wirtschaftlichen Gründen unternommene Lohnbewegung der Bergleute in unrechtmäßiger Weise niedergelegt worden ist. Von der arbeiterfeindlichen Presse wurde mit Erfolg alles heraufgesetzt, um durch sensationelle Aufschriften auch der kleinen Zwischenfälle, sogar durch freie Erfindung von Nachrichten über vorgesehene Versammlungen die öffentliche Meinung gegen die Streikenden auszuhöhlen. Da aus der Lust geprägten Nachrichten der für die Arbeiter ungünstigen Blättern über die Streikteiligen kann die über ein großes Gebiet verteilte Masse der Streikenden trüben und nach und nach so auseinanderreissen, daß es nicht möglich ist, den Kampf mit Aussicht auf Erfolg weiterzuführen. Die Konferenz hat deshalb beschlossen, den Streik sofort aufzuhören und fordert die Kameraden auf, diesem Beschluss zu folgen.“

Die Konferenz erklärt, daß nur die rigorosen Maßregeln gegen die staatsbürglerischen Rechte und die systematische Durchführung und Verbreitung der öffentlichen Meinung durch die arbeiterfeindliche Presse es vermögen, den Kämpfenden ihren Erfolg aus der Hand zu schlagen. Hierzu hat die willste Streikbrüderheide der Führer des sogenannten christlichen Gewerkschaftsvereins, die sich als größere Arbeiterschädlinge erwiesen haben als die Gelben, ein Beispiel das beigebracht werden darf. Diese handelnde Gebaren hat die christlichen Streikbrüder der Verantwortung aller ehrlichen Arbeiter übertragen. Die Konferenz fordert durch Stärkung der an diesem Kampfe beteiligten Organisationen dazu beizutragen, daß wir möglichst bald auf dem Kampfplatz erscheinen können.“

Die Nachricht von der Beendigung des Streiks begleitete bis Frankfurter Zeitung in ihrem ersten Morgenblatt vom 20. März mit folgenden, leider nur zu richtigen Bemerkungen:

„Man sieht, die Minorität, die die Fortsetzung des Streiks wünschte, war nicht gering, aber die Mehrheit ist wohl der Ansatz gewesen, daß es besser sei, jetzt gleich ein Ende zu machen, als den Streik langsam abröhren zu lassen. Die Zahl der Ausländer ist in den letzten Tagen zurückgegangen, hauptsächlich deshalb, weil diejenigen, die nicht entführen, für kontrakturiell erklärt wurden und ihnen Lohn eingehalten wurde. Aber unter anderem Umständen hätten diese Momente auf die Streikenden keinen Eindruck gemacht, so wenig wie es beim letzten großen Bergarbeiterstreik im Jahre 1905 der Fall war. Was diesen Streik kaputt gemacht hat, das ist die Unmöglichkeit der Bergarbeiter, aber genauer: die Halbung des christlichen Gewerkschaftsvereins. Es untersteigt gar keinem Zweifel, daß der Streik einen andern Verlauf genommen hätte, wenn sich die Christlichen nicht absetzen hätten. Außerdem im christlichen Gewerkschaftsverein liegt die Verantwortung für den Ausgang dieser Lohnbewegung, insbesondere auf seinen Führern, die den Gewerksverein eine Politik befolgen ließen, die keine Gewerkschaftspolitik ist.“

Unter den obwaltenden Umständen ist es wohl das Kühlste, daß der Streik abgebrochen und den Bergleuten empfohlen wird, morgen wieder anzufahren. Es ist aber klar, daß eine große Erbitterung zurückbleiben wird. Wenn auch unter einem höheren Gesichtspunkte dieser Streik, obgleich er abgebrochen werden muß, nicht verloren ist, weil solche Streiks zu den Produktionskosten des sozialen Aufstiegs gehören,

Bei jüngsten Streiks, so sagt es, stehen die Bechenbesitzer bei dem Verlangen nach Militär „einerseits öfters auf Widerstand der Behörden, andererseits auf ein selbstverständliches Gescheit, vor allem der ultramontanen Presse, die uns sehr ungünstig beschuldigt hat, der Staat des Herrnholens von Militär sei lediglich, die Arbeiter erschaffen und erschließen zu lassen; die ultramontane Essener Volkszeitung, bestehungsweise ihr Ableger, der Volksfreund, der von dem Arbeiterskreise Altvf. redigiert wird, hat dies noch vor einem Jahr behauptet.“

Es heißt dann weiter:

„Und da ist es nun eine wirkliche Feste, zu sehn, wie die die Bechenbesitzer sind, wenn die ultramontane Partei andere Interessen hat. Seht, wie diesmal die ultramontanen Bergarbeiter von ihrer Organisation herabsetzt waren, nicht mitzustehen, wo der Kampf in erster Linie nicht ein Kampf des Alten Verbandes gegen die Bechen ist, sondern ein Kampf zwischen den beiden Organisationen, wo also die ultramontanen Bergarbeiter nicht mitmachen, andere zu bedrängen, sondern eben vergeblich werden, da geht in der ganzen ultramontanen Presse und Partei die Klage über die Spaltung von Straßen, Schweden über das Ansehen von Arbeiterswilligen, Entrüstung über das Unsehen der zur Arbeit gehenden, und ein Röhren der Abhandlungen, und alles liegt dann aus in den Ruf: Militär zu bekommen, Militär, Militär..., dasselbe Militär, das nach der bisherigen Behauptung der ultramontanen Presse nur dazu da sein soll, um die für bessere Lohnverhältnisse kämpfenden Bergarbeiter zu erschrecken und zu erschlagen“... Der Ruf nach Militär, von den christlich-sozialen Arbeiterorganisationen ausgefohlen, ist in Berlin ganz anders wie es, als wenn die Bechen ihn aussetzen. Es kommt Streik begann bei Hundert Späne die erste Bechenkonferenz mit den Worten: „Ging merken Sie sich, meine Herren! Sie bekommt niemals Militär“, und der Regierungsschreiber Winzer unterschrieb ihn dort durchaus bis es so spät war. Diesmal genügten drei Tage und ein halbtogelang es Kufen der christlichen Organisationen um Militär, und Berlin gab nach... Sicher ist aber, wenn jetzt Militär notwendig war, dann war es bei den meisten Straßen zu verlangen. Damit sind für alle Seiten die Christlich-sozialen festgeklaut.“

Die möchten in der Hauß dieser „christlichen“ führen nicht stören, das ihre „Erfolgs“.

Die Bergarbeiter-Zeitung schreibt in ihrer Nr. 12 folgendes:

„Mit einer unerwarteten Wucht begann hier am 16. März gegen Kammerei Streik der Stahlbergleute. Von den Bechenbesitzern formierten Zeitungen höchsten am breiten Streitling die Zahl der Streitenden auf 20000 bis 24000 Mann! Eine so gewaltige Streitbewegung hatte kein Mensch erwartet. Diese imposante Beteiligung übertraf die Erwartungen des Dreihunderts ganz außerordentlich. Schon am ersten Tage stand es fest, daß sich auch christliche Gewerkschaftsmitglieder stark am Streik beteiligten. Sie übten kameradschaftliche Solidarität, sie ließen ihre Streitbrüder im Stich. Gut ab vor diesen Knappen! Da erschien wahnsinnige Angst vor dem gänzlichen Freischlagen ihrer verteidigenden Politik. Die Streitbrüder schreien, Angst und Panik über das Misserfolg ihres schändlichen Planes trieb nun die Gewerkschaftsführer zu Untaten, die in der Geschichte der Arbeiterbewegung bisher unerhört gewesen sind. Alles ruhig, schied die den Bechenbesitzern nahestehende technisch-technische Zeitung. Das schrieb das Bechenorgan Dienstag den 12. März in der Mittagsausgabe. Am Vortag desselben Tages aber brachte bereits die von den Gewerkschaftsvertretern bediente Essener Volkszeitung einen die Bevölkerung stark beeindruckenden Aufruf an die Polizeibehörden, sie müßten rücksichtslos vorgehen zum Schutz der Arbeiterswilligen. Es möge Militär geholt werden. Rücksichtloses Dreihauen der Polizisten und Gendarmen, Heranhöhung von Militär, damit Verhängung des Belagerungszustandes, also Aufhebung der Bürgerrechte, Verbot unserer Versammlungen, Riebwerbung des Streiks durch Massengewalt – damach heulte die Essener Polizeizeitung am Dienstag früh, der Artikel wurde also am Montag schon (dem ersten Streittag) geschrieben. Warum dieses verbrecherische Tun? Weil ich bereit am Montag abend herausgestellt hatte, daß ein bedeutender Teil der Gewerkschaftsmitglieder ihren Führern nicht folgte, keinen Streitbruch verüben würden. Für die nächsten Tage war das Fazit der schamlosen Streitbrüderparole zu erwarten, und deshalb sollten die Gendarmen und Soldaten der Gewerkschaftsführung rücksichtslos zu Hilfe kommen. Eine noch nicht festgestellte, aber sicher nicht geringe Zahl von Verletzten und vier Tote sind blutige Beweise dafür, wie weit es die rücksichtlose Ausreizung war der um die Gunst der hohen Herren bührenden Streitbrüdersekretäre getrieben hat! Sie hat die Welt ein so ekelterregendes Gebaren erzeugt. Die Streitbrüdersekretäre machten sofort einsehen, daß ihnen ihr Werk nicht gelingen würde, wenn den Streitenden ihre Staatsbürgerschaft nicht gehörig beschönigt würden. Darauf kam alles an Streitklausen wurden aufgehoben, politisch verboten und aus allen Versammlungen. Aufstrebende Zusammensetzungen werden auszusondern, die Streitenden sind durchaus zusammenhanglos. Das aber steht fest: Noch niemals hat die Welt das Streitbrüder gelebt, daß die den läufigen Montag ihrer schändlichen Streitbrüderparole vor Augen lebenden Anstellten eines Gewerkschaftsvereins nach Polizisten, Gendarmen und Militär baten, um durch Verhängung des Belagerungszustandes die Streitbewegung zu erledigen!“

Die Ansicht, daß der Streik lediglich zu dem Zweck begonnen worden sei, den „christlichen“ Gewerkschaften zu vernichten, ist lächerlich. Es kann solchen Zweck werken nicht hundertprozentig vom Streitenden. Es werden hin und heren sich allen Unternehmungen eines Streiks an, nach dem einen Streik, von dem sie in einem anderen falle eben auch überzeugt sein müßten, daß eine wirtschaftliche Notwendigkeit dies nicht vorliegt, mit andern Worten, daß der Streik eigentlich jeglich unberechtigt sei. Dennoch kann sich doch jeder sagen, daß es einfach unmöglich ist, den „christlichen“ Gewerkschaften, eins auch jämmerlich große Organisation, mit einer solche Weise umzugehen. Wenn die „christlichen“ Führer ihrer Nachbarunternehmen gegenüberstehen, so geht der „christliche“ Gewerkschaftssekretär, so wie er später einem Baumschlag versunken, was diesen zu entdecken, sollte er eben zeigen, daß auch er Streitbrüder verüben kann. Gegenüber kann man die Wirkungseinigung am Streik noch als den Tod für die von den Schermauthen geleidete Reichstagsschlafhilfe betrachten. Das auf solche Weise mit Arbeitersunterstützung geführte Spiel wird, bekanntlich die schweren Gewerkschaftsmitglieder öffentlicher nicht im geringsten.

Der Gang des Raumes ist mir eine Bestätigung alter Lehren. Diese sind: weitere, unermäßliche Stärkung der Gewerkschaftsorganisation und vor aller Dingen die Überwindung der Organisationsversplitterung. Hätte der Bechenbesitzer eine einheitliche Bergarbeiterorganisation gegenzustellen, so hätte die Sache den vorherigen ein zahles Gesicht erhalten. Die wichtige Behandlung, die der Streik im Streitling und in den praktischen Nachbarunternehmen erfuhr, zeigt jenseit, daß beide Sätze und ihre politischen Wirkungen haben. Sie-

liegt nun also näher als der Hinweis auf die Notwendigkeit politischer Betätigung für die Arbeiterklasse? Und welche Partei hat sich als treuere Verfechterin der Arbeiterinteressen erwiesen als die sozialdemokratische? (Die wenigen weißen Blätter in den bürgerlichen Parteien sind nur Ausnahmen von der Regel.) Es gibt aber auf diesem Gebiete noch viel zu tun und dies ist die Aufgabe der Arbeiterkreise, die der sozialdemokratischen Partei noch fernstehen. Sie sind schuld daran, daß zum Beispiel das preußische Ugeordnetenhaus noch eine so arbeiterfeindliche Stellung einnehmen kann. Hätten wir dort eine starke sozialdemokratische Fraktion, so hätte dem preußischen Minister v. Dallwitz der Versuch, mit so unwahren Geschichten zu treiben, wie er es am 19. März getan hat, gründlich versalzen werden können. Es gibt also auf diesem Gebiete noch unendlich viel zu tun.“

Inzwischen hat ja auch die Justiz zu arbeiten begonnen. Am Hochgericht Landgericht ist sogar eine besondere Strafkammer errichtet worden, die drakonische Strafen verhängt. Wenn diese Streifjustizfälle abgeschlossen sein werden, so wird wahrscheinlich ein haarschäubendes Register herauskommen.

Im Rothinger Kohlenrevier standen am 16. März über 5000 Bergarbeiter im Streik. Die Mitglieder des „christlichen“ Gewerkschaftsvereins zwangen ihren Sekretär Karinus durch die Drohung mit dem Austritt, seine Zustimmung zum Streik zu geben. (Siehe das oben über den Streik des „christlichen“ Gewerkschaftsvereins Gesagte.) Auf den Bechen Saar und Mosel errangen die Streikenden einen vollen Erfolg. Es wurde ihnen eine Lohnerschöpfung von 46 % zugesandt, so daß der Durchschnittslohn von 1907 wieder erreicht wurde.

Am Deister (Provinz Hannover) sind von 2500 Bergarbeitern etwa 2000 in den Streik getreten, weil ihre Forderungen abgelehnt wurden.

Im Lugau-Döhlitz und im Zwickauer Bergrevier in Sachsen sind die Bergarbeiter in den Streik getreten, weil ihre Forderungen von den Grubenherren abgelehnt wurden. Im Lugau-Döhlitzer Revier standen über zwei Drittel, im Zwickauer Revier über vier Fünftel der ganzen Belegschaft.

Auch aus Schlesien kommen von verschleierten Schächten Berichtsnachrichten.

Nachlänge zum Streik bei Schichau in Danzig und Elbing.

Ein schwerer Streik auf einer Schiffsverfertigung nimmt das öffentliche Interesse stets mehr in Anspruch als andere Streiks von gleichem Umfang, weil es sich dabei um die Beeinträchtigung der Produktion für staatliche Machtmitthe – die Marine – handelt und um solche für Weltmarkt und Welthandel. Es kann daher nicht wundernehmen, wenn nicht nur die Scharfmacherpresse, sondern auch andere bürgerliche Organe sich mit der Angelegenheit befassen. Man könnte darüber schreiben über die Konfusion, Urteilslosigkeit und die bodenlose Unkenntnis von gewerkschaftlichen Dingen, die sich dabei zeigen, ganz abgesehen von den offensichtlichen und bewußten Unwahrheiten, die die Presse sich selbst leistet und die die Unternehmer darin ablagern.

Die Arbeitgeber-Zeitung schlägt Puzzelkunne vor Freunde, daß der Streik verloren ging. Sie leisst sich von der Firma Schichau inspirierte Unwahrheiten wie: „alle Kräfte waren angespannt (das stimmt!), aber die Leute verdienten gut“ – ohne zu sagen, was die Leute bei Überanstrengung verdient haben, sie schwimmt auch der Firma Schichau nach, daß die beschließende Versammlung von anderen als nur von Danziger Arbeitern besucht war. Solch einen Unsinn gibt es ja gar nicht wieder: genaueste Rückkontrolle, geheimste Abstimmung mit 3000 gegen 600 – und doch schreibt diese Gesellschaft: „Die Arbeiter haben gar keinen Streik gewollt“, und über die Köpfe der Arbeiter hinweg wollen die Führer mit den Arbeitgebern verhandeln.“

In der Redaktion der Arbeitgeber-Zeitung kennt man sehr wohl den Gang jüngerer Wahlbewegungen, aber wenn die Firma Schichau inspiriert, dann kann man wohl sagen: Rechter Hand, linker Hand, beides verlaßt – Arbeitgeber-Zeitung, du...!

Nur nur von Schichau kann diese Inspiration gekommen sein, denn genau dieselben Argumente über Altholzfass, Schleißung der Schaufräder um 4 Uhr, sind uns in Elbing bis zur Überdruss vorgekommen worden. Der Altholzfass hat nachgelassen, aber das ist nicht Herr Bieles Verdiens! (S. ist der persönliche Subjekt der Firma), sondern das Verdienst der Arbeiterorganisationen. Und dann der Unsinn, daß der große Deutsche Metallarbeiter-Verband es nicht mit einem einzelnen Unternehmer aufnehmen kann. – Die Führer, die hier zusprachen, haben wir in Nr. 12 bereits ausführlich behandelt.

Die Arbeitgeber-Zeitung hält dann noch darüber, daß der Vorwärts die sehr richtige Nachricht brachte, daß der Streik auf der Höhe abgetroffen sei. Wir wollen hier einmal eine Notiz herlegen, die von den Danziger Neuesten Nachrichten schon am 11. März, als die Arbeitsamnöche erst begonnen hatte, gebracht wurde:

„Elbing, 11. März. Bau der Schiffsverfertigung. Bei dem jetzt glücklich beigelegten Streik auf den Schichauwerken ist an die rechtzeitige Fertigstellung zahlreicher Neubauten in Frage. Von den bislang den Stot 1912 in Bau gegebenen 6 denklichen Laubholzbooten sind bereits 2 abgelaufen, eins hat bereits im Altholzgraben seine Kiel erstanden, während das andere noch an seiner Baustelle, der Aspernwerft, verlängt liegt. Von den drei kleinen Eisenbahn-Schiffesprojekten ist bereits eins in Ausführung. Die Schiffe erhalten Lorraine-Doppelrampen, eine kleine Boot mit doppelseitigem Ende und zwei Schornsteine. Die beiden anderen, auf der älteren Werft an der Wartesaale Seite im Bau befindlichen Schiffe werden beplankt. Dort wird auch der durch die gesamtstädtische Regierung bestellte Frachtingeräger für Gattas (Kajakos) eingesetzt, für einen zweiten Bogger werden die Schleppketten gefertigt. Die Ausführung der alten Werft und Booten ist jetzt nahezu beendet; bei dem jüngsten Ausbruch steht noch die Montierung der Lampen. Auf der Aspernwerft sind unter den vier denklichen Laubholzbooten (750 Tons) noch zwei gefertigte Brücke im Bau. Der für Elbing (Stadt Queensland Australien) bestimmte Frachtingeräger „Kreuzer“, der bei Fertigung der Schiffszeit noch Bilan zur Galeriede seiner Wachstagsproduktion geben soll, besitzt eine überdurchschnittliche Dimension, nämlich drei Breitungen an der Seite, was bei einer Länge und je einer Mittelpunkt an Boot- und Steuerdeck montiert ist. Drei Steuerblätter der Galeriede von Steuer, so der Frachtingeräger wie alle Schiffe nur bei sonstigen und schwierigen Booten mit Steuer zu verhindern ist. „Kreuzer“ ist 100 Meter lang, 11,6 Meter breit und 5,2 Meter tief. Er hat Doppelschraube, keine Dampfmaschine, der Motor lebt 1500 PS. Der Bogger kann bis 12,2 Meter tief boggen und zu einer Stunde 1500 Tons Baggergut fernbringen. Er wird unter eigener Kraft nach seinem Transportweg überfahren.“

Dann geht doch klar hervor, daß die Werft, also die Abteilung Schiffsverfertigung, in die größte Bedrängnis geraten wäre, wenn der Streik fortgesetzt würde! Wenn wir nur die Zahl derjenigen wissen, die in Elbing zur Abfertigung am Sonntag fuhren hätten

und die in Danzig am Sonnabend zur Streikkontrolle kamen, so sind noch weit mehr als 3000 Streikende vorhanden gewesen und alle entschieden auf den Schiffbau, weil das Werk Tretinhof (Schiffbau und Maschinenfabrik) voll besetzt zu sein. Das heißt: die Produktion im Schiffbau war lahmgelegt und wäre es geblieben.

Nur weil ein langwieriger Kampf mit einem starken Unternehmer nicht unbedingt erfolgversprechend erschien, ist er auf der Höhe abgebrochen worden.

Wie die anständige bürgerliche Presse in Danzig den Schichau-Streik behandelt, geht aus einer Notiz des (ultramontanen) Westpreußischen Volksblattes hervor, die wir hier folgen lassen:

„In Danzig ist die Lage unverändert; ebenso in Elbing. Die Wirkung des Gründungsbefehls, der sich schon im vorherigen Jahre durch direkt erfundene Missstellungen, ausgetretene, doch in Elbing anstrengend die Gültigkeit der Arbeiterschaft, wird uns als tendenzielle Ablösungsmöglichkeit begegne. Es melden sich Leute in Elbing über 8000 Zuständig zur Kontrolle. Das eine Ding ist Leute nicht zu halten, sondern durch die Drohung: Wer nicht kommt drei Tage nach melbet, gilt als entlassen‘ umfallen sollte, damit man vorbereitet zu rechnen. Diese Leute sollen aber für die Bewegung nicht in Gewicht.“

In einer recht satten Lage der öffentlichen Meinung gegenüber wird die Firma Schichau verfehlt durch eine angebliche Berliner Mitteilung über Preßorgane, die sich im Gründungsbefehl und in den Elbinger Neuesten Nachrichten finden. Wir lesen da:

„Wie uns aus Berlin mitgeteilt wird, ist der Streik auf den Schichauwerken in Danzig und Elbing nicht etwa eine Lohnfrage. Die Leute haben mit ihren Lohn zwischenstehen sein, wie dieses ja auch aus den eigentlich lächerlichen Verhältnissen hervorgeht. Dieser Streik soll vielmehr den sozialdemokratischen Organisationen von ihren Gewerkschaftsleitung aufgezeigt werden können.“

Es ist in Elberfelder Zeitung, daß den Gewerkschaften, die unter sozialdemokratischer Leitung stehen, politische Tendenzen keineswegs fremd sind, daß sie in diesem Falle vorliegen, halten wir aber für ganz unwahrscheinlich. Initiatoren sollen denn die Marineverhandlungen im Reichstage durch den Schichauarbeitsrat gefordert werden können. Wenn man von der Schichauwerke redet will, dann bietet ja doch der Wohlige Ausstand nebst Ausplätzung vom vorigen Sonntag aus genug dazu. Der Ausstand erklärt sich zur Genüge aus den ständigen Klagen der meisten Arbeiter über ihren geringen Verdienst und über den Mangel fester Regeln für die Lohnberechnung, so daß der Arbeiter dem Gedanken der Werkmeister und Betriebsführers überantwortet ist. Wenn die eingereichten Forderungen eigentlich überholen Standpunkte beruhen, daß der Arbeitgeber allein die Lohn- und Arbeitsbedingungen feststellt. Neuerdings erkennt ja die Firma Schichau nicht einmal ihren eigenen Krankenfondvorstand als Vertretung ihrer Arbeiter an. Und Herr Bielefelder schreibt in seinem Elbinger Verbogen: „Ein auf der Höhe stehender Arbeitgeber macht seine Arbeitsordnung für seine bewußten und zuverlässigen Arbeiter, nicht für im Grunde genommen außerhalb des Betriebes stehende Leute, die dem industriellen Werke doch immer nur fremde bleiben.“ – Bewohnte und zuverlässige Arbeiter sind für Herrn Bielefelder nur die Arbeiter, die nichts zu sagen haben und nichts sagen. Allzuviel dieser Art scheint er nicht zu haben.“

Das Blatt hat nur in dem einen Punkte nicht recht: daß die Gewerkschaften die politischen Tendenzen mit ihren Kämpfen verquicken. Aber sonst kann man alles unterschreiben, womit nicht gesagt sein soll, daß der Kritik nicht noch mehr Schärfe zu geben gezwungen wäre.

Nun zum Berliner Tageblatt. Dort weht ein echt liberaler Wind, dort thront die (bürgerliche) Freiheit, dort wird Front gemacht gegen Schriftsteller (man kann aber auch anders), dort hat man Verständnis für die Arbeiterbewegung – wenn nicht ein „Schichau“ kommt und seine Eier den Herrn in das Nest legt. In der Nummer vom 12. März gibt die Redaktion dieses liberalen Organs der nachstehenden Zuschrift Raum – freilich, ohne sich mit dem Inhalt zu identifizieren:

„Aus den Zeitungsberichten entnehme ich, daß bestmöglich bei jüngst in meinen Werken in Elbing und Danzig bestehender Gewerkschaftsstreit von gewisser Parteiseite tendenzielle Nachrichten in die Presse lanciert werden, so daß ich mich veranlaßt sehe, Ihnen nachstehende Mitteilungen zu überbringen mit dem ergebenen Aufrütteln, die in Ihrem gefüllten Blatte zur Veröffentlichung zu bringen.“

Im Montag, dem 26. d. M. wurde dem Direktor der Schichauwerke Schiffsverfertigung in Danzig, Herrn Carlson, von drei Arbeitern ein Schreiben überreicht. Auf die Frage, von wem dieses Schreiben sei, antworteten die Arbeiter: „Von der Organisationsleitung.“ Auf die Frage, ob die übrige Schichausche Arbeiterschaft wisse, was in dem Schreiben steht, antworteten dessen Verleiher: „Nein“, worauf ihnen Herr Carlson das Schreiben unverhofft mit der Bemerkung zurückgab: „Ich habe gar keinen Grund, mit den außerhalb des Betriebes stehenden Organisationsleitern einen Schriftwechsel zu führen.“

Der Inhaber der Schichauwerke, Herr Geheimrat Bielefeld, hat am Freitag, dem 1. d. M., auf der Danziger Schiffsverfertigung eine Arbeiterversammlung empfangen. Es waren dies im allgemeinen ältere und beruhigte Leute, die auch in jeder Weise zu Wort kamen, und deren Wünsche auf höflichste entgegengenommen wurden. Die Leute, welche von selbst alle bestätigten, daß die Wöhne vollkommen zufriedenstellend und zuverlässig sind, sahen völlig ein, daß die von den Arbeiteragitatoren gestellten Forderungen gänzlich belanglos und nur vom Zaune gebrochen waren; sie hatten umsonst ausgiebt.

Am Samstag, den 2. d. M., empfing Herr Geheimrat Bielefeld in Elbing den als Arbeitersatzschiff fungierenden Vorsitzenden der Schichauschen Betriebskonferenz und sprach mit ihm alle den Arbeitern von den sozialdemokratischen Organisationsleitungen aufdringlichen Forderungen durch. Die Besprechung dauerte ungefähr drei Stunden, und sahen die Leute auch hier ein, daß die ihnen von den Organisationsleitungen aufgestellten Forderungen teils gegenstandslos, teils zu weitgehend, und der Arbeitsservice der Schichauschen Arbeiterschaft erheblich viel höher war, als in den Organisationsforderungen angegeben.

Trotz allem verkannten die Agitatoren in den darauffolgenden Tagen, durch aufdringliche Versammlungen die Leute so weit aufzutreiben und zu terrorisieren, daß doch noch ein großer Teil Kreisfahrtfahrt im Montag, dem 4. d. M., in allen meinen Etablissements durch Antrag befehltegegeben hatte, daß meine arbeitswilligen Leute nach wie vor in Lohn und Brot bleiben und ich ihnen den denkbaren Schutz gegen Terroristen von Streikenden angebiete. Diese Leute sind nach und nach wieder eine große Zahl an Arbeitern ein, so daß ich heute den Betrieb meiner Werke in Elbing und Danzig mit circa 50 Prozent in einigen Etablissements sogar bis zu 60 Prozent meiner Arbeiterschaft aufrechterhalte.

Die Pointe bleibt immer, daß die sozialdemokratischen Agitatoren die Arbeit eigentlich auszuhalten wollen. Sie suchen sich vor allem mit dem Einfluß zu umgehen, als ob sie für die Arbeiter unbedingt seien. Aus diesem Grunde möchten sie auch über die Hilfe der Arbeiterschaft mit dem Arbeitgeber verhandeln. Dabei leitet sie als Hauptgehandel, daß sie doch den Arbeitern gegenüber für die großen Summen, die die letzteren zu ihren und ihrer Familie aufstellen, die sie nicht füllen, würden die Arbeit zu geringen Gehalts ihrer Eigentumsberechtigung schuldbig sind; denn wenn sie das nicht täten, würden die Arbeiter in ganz den Kunden an die Organisationen verlieren. Hochachtungsvoll. G. Schichau.“

Darauf hat unser Kollege Rohrlack dem Blatt die nachstehende Zuschrift gesandt:

Nicht nur in Deutschland, sondern zurzeit in der ganzen Kulturstadt haben die Arbeiter ihre Organisationen, und die Leitungen derselben sind heute bereits als verhandlungsfähige und führende Körperschaften zum großen Teile anerkannt. Und das gerade auch auf den deutschen Gesellschaftern.

Das beweist die Belebung des großen Streitstreits von 1910. Der Unterzeichner hat selbst mehr als einmal Verhandlungen beigebracht mit den Direktionen von Werken, die auf ihre Größe und technische Leistungsfähigkeit ebenso stolz sein können wie die Firma Schichau.

Die Forderungen bei der Firma Schichau sind von den Arbeitern aufgestellt, natürlich mit Beratung der Organisationsleitungen. Auch diese leidenschaftlich sind die Einstellungslöhne normiert, sondern auf Grund einer zehnmonatigen Sammlung von Vorschlägen für circa 1500 Arbeiter! Danach ist zu dem Durchschnitt ein Ausschlag von 2 bis 4 % gezielt, und das sind die geforderten Einstellungslöhne. Es kann also nicht stimmen, daß diese Löhne und höhere bereits gezahlt werden. Dann wäre es keine Ursache zu Differenzen gelassen.

Die Wlorarbeit ist unregelmäßig. Es kann niemand selbst bestimmen, was er verdient, sondern der Meister schreibt jedem, was er nach seiner, des Meisters, Meinung "verdient" hat. Für eine und dieselbe Wlorarbeit bekommen zwei Arbeiter ganz verschiedene Preise und das gleichzeitig. So etwas lassen sich die Arbeiter nur noch in Westpreußen gefallen. Es hieße wohl den Raum des Blatts zu viel in Anspruch nehmen, wenn ich mich in Einzelheiten weiter einzulassen wolle, mögen also vorliegende Fakta genügen.

Dass Forderungen ohne Wissen der Arbeiter eingereicht werden, glaubt kein Kenner der Arbeiterbewegung, und dass ein Streit ohne eine geheime Abstimmung erklärbar werden kann, ebensoviel. Es haben in geheimer Abstimmung von nur Schichauer Arbeitern rund 3000 für und 600 gegen den Streit gestimmt und weitere 1000 Mann sich freiwillig angegeschlossen.

Die Art der Verhandlungen ist es eben, die zum Streit geführt hat. Ist ein wohlwollender Empfang eine Verhandlung? Bekommt auch nur ein Mann dadurch mehr Lohn oder wird seine Wlorarbeit dadurch geregelt? Und glauben die Herren Direktoren, wenn sie sich Streikbrecher vom vorigen Jahr, die natürlich mit ihrem Lohn aufstiegen sind, als Verhandlungsführer loben, die Meinung der Arbeiter lernen zu lernen? Hätte man Organisationsleiter hinzugezogen, so wäre der Streit vermieden worden. Es führt aber später in das doch gehabte Leben!

Über die Verbandsbedürfnisse braucht sich die Firma nicht aufzulegen. Das ist ein einfaches Rechenexample: Wenn ein Arbeiter durch seine Organisation 2 % mehr Lohn bekommt, hat er pro Woche 40 bis 60 % Nutzen, ohne die Unterstützungen bei Krankheit und Arbeitslosigkeit.

Der Kampf wurde auch nicht von sozialdemokratischen Gewerkschaften allein geführt. Es waren Hirsch-Dünckerche Gewerkschaften, christliche Gewerkschaften und polnische Berufsorganisationen ebenfalls beteiligt. Diese alle haben den Arbeitern einschlägig empfohlen, den Kampf aus wohlüberlegten Gründen auf der Höhe abzubrechen, und darf ich ohne weiteres sagen, daß sie alle auf den Dank des Hauses Schichau damit verzichteten. Hochachtungsvoll S. Rohrlack.

Man vergleiche die Arbeitgeber-Zeitung und die Zuschrift der Firma Schichau an das Berliner Tageblatt! Immer dasselbe Lügenfreiheit! Das aber ein liberal sein wollendes Blatt keine Entgegnung auf solche greifbaren Unwahrheiten zuläßt — das ist der Gipfel des "Liberalismus".

Run zu unseren "Freunden" und "tapferen Mitstreitern" vom Gewerkschaften.

Der Regulator bringt in Nr. 12 einen Leitartikel über die Bewegung, von F. Schumacher unterzeichnet. Man kann es ja den Deutschen nachfüllen, daß ihnen das Ende des Streiks in den Knochen liegt, aber deswegen die Wahrheit verbiegen — na, das ist eben Methode, bei den Herren Hirsch-Dünckerchen geworden. zunächst heißt es, daß die Bewegung im Automobiltempo begonnen und auch abgebrochen wäre. Das Automobiltempo beim Beginn ist in Gegenwart des Herrn — Schumacher — ohne dessen Widerspruch — beschlossen worden, und beim Abbruch in Gegenwart des Herrn Borrath — ohne dessen Widerspruch —, aber auf Grund der Tatsache, daß in der Hirsch-Dünckerchen Hochburg, dem Werk "Tretinkenhof", so gut wie alles gearbeitet hat.

Als die vom Regulator als "unbegreiflich" hingestellten Brüder gesetzt wurden, war vom Gewerkschaften der Kollege Borrath anwesend. Es soll der schwerste Fehler sein, der gemacht worden ist, nur Deute vom Streiken zu befreien, die 65 Jahre alt, 68% Renten Rente bekommen oder invalide sind. Nun, dieser "schwerste Fehler" ist eben in Gegenwart von Vertretern der Gewerkschaften beschlossen worden. Wenn Herr Schumacher bei einem so wichtigen Sache, und auch später, als der Aufhebungsbefehl gefaßt wurde, keine Zeit hat, dabei zu sein, so hat er auch nicht das Recht, Vorwürfe zu erheben. Stellvertretung war da, und wenn diese die Fehler zuläßt, so mag er sich an die rechte Adresse wenden.

Nun aber noch eins: Nach dem Regulator sollen die Leute deswegen in die Organisationen eingetreten sein, weil sie bei einer etwaigen Aussperrung Unterstützung haben wollen. Das mag beim Gewerkschaften zutreffen. Der Deutsche Metallarbeiter-Verband hat seine Leute noch nie und nimmer, auch in Elbing nicht, darüber im Zweifel gelassen, daß sie auch, wenn nötig, zum letzten Mittel, zum Streik greifen müssen. Wußte aber Herr Schumacher von seinen Leuten, daß sie sich nur für eine Aussperrung präparieren wollen, so war es seine verfluchte Pflicht und Schuldigkeit, daß zu sagen, als die Frage der Durchführbarkeit des Streiks erörtert wurde, dann hätte er beantragen müssen, in einem Gruppenkampf einzutreten, um so die Sache auf einen andern Boden zu stellen. Wir waren unserer Leute sicher und haben uns auch nicht getäuscht.

Eine sinkende Unwahrheit ist es, daß die Firma unserm Kollegen Schulz gegenüber erklärt hätten, daß sie am 11. März die Arbeit wieder aufnehmen wollten, und noch frevelhafter ist es daher zu schreiben, daß wir wegen dieser — gar nicht vorhandenen — Erklärung zur Arbeitsaufnahme gebrängt hätten. Es muß jetzt eben alles herhalten, um beim Gewerkschaften zu retten, was zu retten ist.

Auf derselben Höhe sieht die Unterstellung, unser Kollege Früngel hätte in Danzig eine Fälschung begangen, als er die Zahl der Arbeitswilligen in Tretinkenhof auf 1340 Mann angab. Die Streikposten haben gezählt und festgestellt, daß diese Zahl Leute am Sonnabend früh an den beiden Eingängen in den Betrieb gegangen ist. Die 1340 Mann sind also die Stehengebliebenen und die Streikbrecher zusammen. Der Kollege Borrath hat diese Zahl angezeigte, es ist ihm aber ins Gesicht gefegt worden, daß er diesen Zweifel nur vorbringt, um die Zahl der arbeitswilligen Gewerkschaftsvereiner kleiner darzustellen als sie in Wahrheit ist. Das das tut, ist durch die Abstimmung am Sonntag den 10. März bewiesen, wie auch in Nr. 12 der Metallarbeiter-Zeitung dargelegt.

Die Zahlenunterschiede, die der Regulator bringt, sind vollkommen ungültig. Mag der Schmiedeverband sich selbst verteidigen. Hier muss mit aller Klarheit das folgende niedergelegt werden:

Der Deutsche Metallarbeiter-Verband hatte nach geplanter Nachprüfung bei 720 Beteiligten in Elbing 46 Streikbrecher, bei 650 Beteiligten in Danzig 81 Stehengebliebene, also 1370 Beteiligte in beiden Orten und 127 Abtrünnige.

Der Gewerkschaften hatte bei 927 Beteiligten in Elbing über 600 Streikbrecher, bei 100 Beteiligten in Danzig 26 Stehengebliebene, also 1027 Beteiligte in beiden Orten und 628 Abtrünnige.

Die Zahlen der Gewerkschaften-Abstimmung sind die niedrigst zulässige Schätzung. Wo auch die ganzen Anmälte betrifft Danzig sind hinfällig. Auch dort sind verhältnismäßig viel mehr Gewerkschaften stehen geblieben als Verbündeter. Und den Beschluss, die Streikarbeit zu verweigern, haben die Gewerkschaften so wenig gehalten als andere.

Es steht fest, der Gewerkschaften hat sich in seinen Leuten getäuscht, dies aber nicht durchschaut, und daher der ungünstige Ausgang des Kampfes. Denn hätte man es durchschaut, so durfte vom Gewerkschaften die Frage der Durchführbarkeit der Bewegung nicht bejaht werden.

Anders beim Deutschen Metallarbeiter-Verband. Die 46 Streikbrecher können bei der großen Zahl der Beteiligten den Kohl nicht fest machen. Und wie oben bemerkte, hätte der Streit in Elbing bei Weiterführung Aussicht auf Erfolg geboten, so hätten wir die in Danzig Stehengebliebenen in der zweiten Woche herausgeholt.

Und nun zum Schluss: Die Organisation, die hier auf das schlagendste bemüht hat, daß sie vollständig unsfähig in der Erziehungsarbeiten ist, der Gewerkschaften, will nun den Versuch machen: "die Mitglieder der sozialdemokratischen Gewerkschaften dahin zu erziehen, daß sie ehrliche Kämpfer werden und nicht durch Verdrängungen die Sache der Arbeiter schädigen."

Man weiß nicht, ob man über diese Frechheit lachen oder die Überführung des Verübers in eine Idiotenanstalt beantragen soll. Wenn das Verbrechen, unsere Leute im Sinne des Gewerkschaften "erziehen" zu wollen, versucht werden sollte, so werden wir Mittel und Wege zur Verhinderung zu finden wissen.

Deutscher Metallarbeiter-Verband.

Bekanntmachung.

Um Irrtümer zu vermeiden und eine geregelte Betriebsleistung zu erzielen, machen wir hiermit bekannt, daß mit Sonntag dem 31. März der 14. Wochenbeitrag für die Zeit vom 31. März bis 6. April fällig ist.

Musgeschlossen werden nach § 22 des Statuts:

Auf Antrag der Verwaltungsstelle in Celle:

Der Drahtzieher Herm. Neuendorf, geb. am 18. April 1885 zu Burg, Buch-Nr. 1,252329, wegen Unterschlagung von Verbandsgegenwart.

Auf Antrag der Verwaltungsstelle in Küstrin:

Der former Hermann Sagert, geb. am 21. März 1888 zu Landsberg a. W. Buch-Nr. 1,650089, wegen Streikdruck.

Auf Antrag der Verwaltungsstelle in Neumünster:

Der Schlosser Hermann Lange, geb. am 27. Mai 1881 zu Schönbrunn, Buch-Nr. 1,820987, wegen betrügerischer Mainzulation mit Zeitgemarken und Fälschung.

Auf Antrag eines Schiedsgerichts in Welbert:

Der former Wilh. Thielen, geb. am 8. März 1877 zu Neiges, Buch-Nr. 450098, wegen Schädigung der Verbandsinteressen.

Für nicht wideranzuhaltensfähig wird erklärt:

Auf Antrag eines Schiedsgerichts in Bittau:

Der former Ernst Tomasch, geb. am 10. Januar 1870 zu Regelzdorf, Buch-Nr. 1,645278, wegen unkollegalem Verhalten.

Offenbarlich gerichtet wird:

Auf Beschluss des Vorstandes:

Der Kesselschmid Ernst Sternbeck, geb. am 18. Dezember 1887 zu Reinickendorf, Buch-Nr. 1,245404, wegen Denunziation und Sperrerei.

Wieder aufgenommen werden:

Auf Antrag der Verwaltungsstelle in Braunschweig:

Der former Georg Vogt, geb. am 30. September 1877 zu Uslm (812).

Auf Antrag der Verwaltungsstelle in Remscheid:

Der Schwarzblechklempner Aug. Rhein, geb. am 1. Febr. 1888 zu Remscheid (2807).

Aufforderung zur Rechtsfertigung.

Die nachfolgend genannten Mitglieder werden aufgefordert, sich wegen der gegen sie beim Vorstand erhobenen Verhöhlungen zu rechtfertigen. Sofern einer dreimaligen Aufforderung keine Folge gegeben wird, erfolgt Ausschließung aus dem Verband.

Auf Antrag der Verwaltungsstelle in Altenburg:

Der former Willy Brückner, geb. am 20. Juni 1888 zu Halle, Buch-Nr. 1,000425;

der former Hugo Klein, geb. am 30. Dezember 1877 zu Berlin, Buch-Nr. 1,194678;

der former Karl Mehltreiter, geb. am 18. Juni 1879 zu Stolp, Buch-Nr. 689777;

der Gießer Alfred Schent, geb. am 5. November 1879 zu Trubischachen, Buch-Nr. 1,630938, sämtlich wegen Schädigung der Verbandsinteressen.

Auf Antrag der Verwaltungsstelle in Hamburg:

Der Nieter Willy Hake, geb. am 24. Mai 1879 zu Gr. Ottensen, Buch-Nr. 1,010354, wegen Betrug.

Auf Antrag der Verwaltungsstelle in Karlsruhe:

Der Metallarbeiter Ferdinand Bänsch, geb. am 19. Sept. 1878 zu Reinickendorf, Buch-Nr. 1,827872, wegen Geißpressei und Schädigung der Verbandsinteressen;

der Gießer Fritz Hofmann, geb. am 19. November 1871 zu Oberburg, Buch-Nr. 1,652278, wegen Geißpressei und Schädigung der Verbandsinteressen.

Alle für den Verbandsvorstand bestimmten Sendungen sind an den "Vorstand des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes, Stuttgart, Höfestraße 16a" zu adressieren. Weisendungen adressiert man nur an Theodor Werner, Stuttgart, Höfestraße 16a; auf dem Postabzettel ist genau zu bemerken, wofür das Geld vereinbart ist.

Mit kollegalem Gruss

Der Vorstand.

Zur Beachtung! + Zugang ist fernzuhalten:

von Drahtziehern nach Wismar (Firma Müller) D.;
von Drehern, Schlossern etc. nach Alzen bei Mainz (Landwirtschaftliche Maschinenfabrik Böhmer) L.;
von Elektromotoren nach Amsterdam;
von Feilenhauern nach Köln, Wülfrath a. Rh., St.;
von Formern, Gießereiarbeitern und Keramikern nach Arnstadt i. Th. (Fa. W. Renger & Co.); nach Brackel bei Dortmund (Firma Schwarz & Co.) D.; nach Kalscheuren bei Köln (Gandels u. Industriegesellschaft) M.;
nach Wittenberge (Firma The Singer Manufacturing Company) St.;

von Gelbmetallarbeitern nach Grünberg i. Schl. (E. Christ & Co., Metallwaren- und Armaturenfabrik) St.; von Gold- und Silberarbeitern, Pressern, Biseleren und Silberarbeitern nach Liegnitz (Firma Sandig & Co.); nach Forstheim;

von Gräteuren nach Dresden (Firma Rost & Co.) D.; nach St. Petersburg, Mi.; von Hartgummiarbeitern nach Berlin (Firma Matthaei) D.; von Heizungsunternehmern nach Gelsenkirchen (Fa. Berny, Becker) M.; nach Hamburg (Fa. Kohl & Bremer) D.; nach Trier (Fa. M. Pfander) D.; nach Trier (Fa. K. Scholl) D.; nach Wiesbaden (Firma Klempner) D.; nach Wiesbaden (Firma Gebr. Honer) D.; nach Schleifern etc. nach Eueling bei Plettenberg (Firma Gebr. Honer) M.;

von Uhrenmachern nach Agram i. Kroatien M.; von Walzwerkarbeitern nach Gelsenkirchen (Firma Bödder & Co., Drahtwalzwerk und Drahtzieherei) D.; nach Witten a. Ruhr (Wittener Gußstahlwerk, Abt. Drahtmalzwerk) D. (Die mit A. und St. bezeichneten Orte sind Streikgebiete, die überhaupt zu melden sind; v. Et. heißt: Streik in Aussicht; L.: Lohn- oder Tarifbewegung; M.: Aussperrung; D.: Differenzen; St.: Maßregelung; M.: Misströnde; R.: Lohn- oder Wlorproduktion u. s. w.) Alle Mitteilungen über Differenzen, die zur Sperrung eines Ortes oder einzelner Betriebe Anlaß geben, sind an den Verbandsvorstand zu adressieren. Die Anträge auf Verhängung von Sperren müssen hinreichend begründet und von der Verwaltungsstelle beglaubigt sein.

Vor Arbeitsantrahme in Orten, wo keine der obigen Maßnahmen in Betracht kommen, sind die Mitglieder verpflichtet, sich stets zuvor bei der Ortsverwaltung, beim Geschäftsführer oder Bevollmächtigten des betreffenden Ortes über die einschlägigen Verhältnisse zu erkundigen. Diese Anträge zu machen, beschließen die Kollegen im Herbst 1911, über die Rheinhütte die Sperrung zu verhängen. 5 Monate bestand die Sperrung, so daß schließlich die Arbeitsstrafe fehlten. Da mit den alten Sanktionen die Arbeit nicht geleistet werden konnte, entschloß sich endlich die Firma selbst, sich an uns zu wenden, um die Sperrung aufzulösen. Als Antwort darauf unterbreiteten wir der Firma einen Tarifvertragstwurf, der die Forderungen der organisierten former enthielt. Nach zweimaliger Verhandlung kam auch ein Vertrag zustande. Die wichtigsten Bestimmungen sind: Ansangslohn für former 50 % Garantie des Stundenlohnes. Fehl- und Pausenstücke werden zu zwei Dritteln bezahlt, einerlei ob ein Verhältnis vorliegt oder nicht. Überstunden werden mit 25 Prozent, Nacht- und Sonntagsarbeit mit 50 Prozent. Fülltag bezahlt (früher nichts). Verkürzung der Arbeitszeit von 10 auf 9½ Stunden. Der Mittellohn für Arbeiter beträgt 98 %. Wöchentliche Lohnabzug und Wlorverrechnung (früher monatlich). Aushebung der Fabrikantenlast und Reduzierung und Abschaffung von Strafgeldern. Werner wurde die Fabrikordnung einer Änderung unterzogen, entsprechend den Willen der Arbeiterschaft, und ein Arbeiterausschuss gewählt. Der Vertrag läuft vorläufig auf ein Jahr. Within sind die Differenzen beigelegt und es ist zu hoffen, daß es die Kollegen verstehen werden, daß jetzt Erneuung auch zu halten. Die Sperrung über den Betrieb ist damit aufgehoben.

Wittenberge. In einer von mehr als 1200 Personen besuchten Volksversammlung beschloß unser Kollege Werner die Ursachen und den Verlauf des Streiks und der Aussperrung in der Singerschen Röhrenmaschinenfabrik in Wittenberge. Seiten sei eine Aussperrung von Arbeitern unter so eigenartigen Verhältnissen vorgenommen worden, wie es hier bei der Firma Singer der Fall ist. Um den verschiedensten Gerichten entgegenzutreten, sah sich die Streikleitung veranlaßt, in voller Offentlichkeit die Ursachen der entstandenen Differenzen zu schildern. Man müsse hier um einige Jahre zurückgreifen. Die Gießerei, in der ja die Differenzen entstanden sind, wird seit dem Bestehen des Betriebes als Röhrchen und Mühle bezeichnet. Eine geradezu unmenschliche Schinderei und Wlorarbeit sei hier bei den Arbeitern eingetragen. Schuld daran trage nicht allein die Direktion, sondern die größte tragen die Arbeiter selbst. Angespornt durch ein von der Direktion ausgetüfteltes Prinzip in an sich keinem habe die Arbeiter drauflosgeschossen; wenn dann die Leistung auf höchste steigen war, wurden die Prämien nicht mehr gezahlt, nach den höchsten Leistungen aber die Wlorpreise festgesetzt. Die Arbeiter waren dumm genug, auf die von der Direktion ausgelegten Leistungen zu gehen. Wahre Ehren sind in ganz kurzer Zeit mit ihrer Arbeitskraft am Rande gewesen. Sie haben geradezu Raubbau mit ihrer Arbeitskraft getrieben. Nach und nach sei

schuld daran, daß jetzt 1000 und mehr Arbeiter auf die Straße gesetzt worden seien. Im Interesse der Maschinenfirma halte er (Referent) sich für verpflichtet, den wahren Sachverhalt zu schildern. Es leßt zu, daß die Firma annehmbare Zugeständnisse gemacht hat und die Arbeiter mit der Neuregelung der Arbeitsbedingungen auch einverstanden waren. Nur den Preise ist wurde eine Bedingung gestellt, die sie nicht erfüllen können. Die Firma erhöhte den Alloropreis für 100 Seitenteile von 1,55 M auf 1,80 M. Der erhöhte Preis sollte aber nur dann gezahlt werden, wenn an jeder Maschine pro Tag 340 oder pro Woche 2040 Stück gute Seitenteile gefertigt werden. Jeder Praktikant werde zugeben müssen, daß eine solche Bedingung nicht unter allen Umständen erfüllt werden könnte. Verschiedene Umstände hindern sehr häufig den Firma daran, eine vorgeordnete Leistung erzielen zu können. Die Hilfsarbeiter, die den Pressen beigegeben sind, wechseln sehr häufig, und bei dem häufigen Wechsel muß jeder Neugestellte erst wieder angeleert werden. Ferner sind die Maschinen nicht mehr in dem Zustand, wie sie seit nunmehr drei Jahren ist nicht immer gleich, das Eisen auch nicht immer so, um guten Guß liefern zu können. Zugum, eine Reihe von Hindernissen treten im Gießereigewerbe auf, die die Erfüllung eines bestimmten vorgeschriebenen Pensums unmöglich machen. Die Bedingung der Direktion erinnert aber sehr stark an die Art, wie man Strafgesetzungen ein Pensum vorschreibt. Die Gießereiarbeiter lehnten diese von der Direktion gestellte Bedingung ab, waren aber damit einverstanden, daß der Alloropreis auf 1,80 M festgelegt wird. Der Bezugshinweis, daß die Arbeiter das Angebot der Direktion nicht akzeptieren würden, wurde am Sonnabend den 9. März bei Beginn der Arbeitszeit dem Meister Kertz durch eine Kommission bekannt gegeben. Der Gießereimeister Kertz ging darauf an jeden Arbeiter heran und fragte, ob er zu Frieden sei. Da die Presser mit dem Angebot der Direktion nicht zufrieden waren, antworteten die Gefragten mit: Nein. Meister Kertz forderte darauf jeden auf, sofort den Betrieb zu verlassen! Es könnte also schon hier von einer leichtfertigen Arbeitseinstellung überhaupt nicht geredet werden, da ja die Arbeiter vom Meister Kertz ohne ersichtlichen Grund auf die Straße gesetzt worden sind. Die Direktion lehnte die vom Verbandsvertreter nachgesuchte Unterhandlung rundweg ab. Was blieb denn den Maschinenfirmern übrig, als sie vom Meister Kertz brutal auf die Straße gesetzt wurden und die Direktion jedoch Verhandlung abgelehnt hatte? Wußten sie nicht draußen bleiben? Wer etwas anderes von den Arbeitern verlangt, der verlangt, daß sich die Arbeiter in Hundemut beim Meister und der Direktion anhören. So begannen die Diskussionen. In der Nacht vom Sonnabend zum Sonntag suchten dann die Meister Kertz und Ehren den Bezirksleiter Bernicke auf, um mit ihm über die entstandenen Differenzen zu sprechen. Hier erklärte Meister Kertz, daß die Kommission die Arbeiter falsch berichtet habe. Die Direktion bestreite nicht auf der Erfüllung der Leistung von 340 Stück guten Seitenteile pro Tag. Der erhöhte Preis sollte auch gezahlt werden, wenn diese Leistung nicht erreicht ist. Es liegt in der Hand des Meisters Kertz, darüber zu entscheiden. Bernicke erklärte darauf, daß er sofort die Firma am Sonntag zusammenrufen werde, um über diesen Widerspruch Aufklärung zu schaffen. Zu der am Sonntag den 10. März abgehaltenen Versammlung der Firma war auch der Meister Kertz auf seinen Wunsch eingeladen und auch erschienen. Er machte hier dieselben Ausführungen, wie er sie dem Bezirksleiter Bernicke gegenüber bereits gemacht hatte. Die Firma erklärten sich unter diesen Umständen damit einverstanden, die Arbeit aufzunehmen. Meister Kertz gab noch bekannt, daß es am Montag mit der Aufnahme der Arbeit doch noch nichts werde, die Leute sollten bis zum Laufe des Montags beim Fertiger melden, er brauche sämtliche Arbeiter und wolle auch nur mit seinen alten Arbeitern wieder arbeiten. Am Montag den 11. März gingen die Arbeiter, wie verabredet, nach der Fabrik. Hier wurde ihnen plötzlich erklärt, daß sie versprochen hätten, pünktlich um 7 Uhr zu kommen, und da sie jetzt zum zweitenmal die Arbeit verfehlten hätten, könnten sie auf Wiedereinführung nicht rechnen. Die Direktion ließ den Arbeitern erklären, daß sie ja in Verhandlungen nicht einzuladen könne. Der Meister Kertz hat also ein schändliches Spiel mit den Arbeitern getrieben, der seine Mann, der am Sonnabend die Arbeit brutal auf die Straße warf, der dann Bernicke in der Nacht ausschlug und von Rißverbindungen sprach, der am Sonntag vor verämmelten Arbeitern erklärte, daß die Direktion ihm die Entschließung überlassen habe, der die Arbeiter erzürzte, im Laufe des Montags beim Fertiger sich zu melden — der selbe Mann erklärte nun, daß er keinerlei Zusagen gemacht habe und die Arbeiter sich verpflichtet hätten, am Montag die Arbeit zu den von der Direktion bekannt gegebenen Bedingungen anzunehmen. Der selbe Mann mag es zu sagen, daß die Arbeiter ihm zum zweitenmal die Arbeit verfehlt hätten. Der Meister Kertz steht mit der Wahrschau auf gepunkteten Füßen. Wenn er der Direktion das erklärt hat, was er jetzt behauptete, dann hat er die Direktion wissenwillig angelogen. Ebenso eigenartig wie dieser Vorgang ist die Siedlung der Direktion. Am Mittwoch den 12. März hat der erste Direktor in einer Versammlung, die er im Betrieb abhielt, den Arbeiterschaft erklärte, daß er nicht wisse, aus welchen Gründen die Firma die Arbeit eingesetzt hätte. Er beweist, den Betrieb wegen Mangels an Material in den einzelnen Abteilungen schleien zu müssen. Die Arbeiter mögten auf die Gießereiarbeiter einwirken, damit sie wieder zur Arbeit antreten, um den Betrieb in vollem Umfang wieder aufzunehmen zu können. Das Auloch der Auspfernung und mit Rückgriff auf die vom ersten Direktor am Mittwoch getane Auseinandersetzung, verbüßte Bernicke, mit der Direktion in Verhandlung zu treten, um Auskunft zu geben über den ganzen Vorgang, der ja bis dahin abgespielt hat. Die Direktion lehnte abermals jede Verhandlung ab. Es steht nichts anderes übrig als anzunehmen: die Direktion will gar nicht den wahre Sachverhalt lernen. Bernicke hat sich dann an den ersten Bürgermeister gewendet und diesen die Einzelheiten der entstandenen Differenzen mitgeteilt. Ob und inwiefern der Herr Bürgermeister Bernicke der Verhandlungsversuche unterzuordnen hat, ist dem Redner bis zur Stunde noch nicht bekannt. Es kann also hier bei diesem Schluß der Rißverbindungen nicht der Vorwurf gemacht werden, daß sie in leichtfertiger Weise gehandelt und ja die Auspfernung, bzw. über 1000 Arbeiters der Firma haben. Wenn irgend jemanden die Schuld an dieser Scham trifft, dann muß der Gießereimeister Kertz als der Schuldige gewesen werden. Rißverbindlich bleibt aber auch die Schilderung des ersten Direktors, daß er nicht weiß, aus welchen Gründen die Maschinenfirma die Arbeit eingesetzt haben. Hört der Herr Bürgermeister einen der Arbeiter angesprochen, dann hätte er die Wahlheit über die Rechtschaffenei der Arbeiter erfaßt. Mit einem Wapp auf die Arbeit, den Namen ausgewählten Ritter in alter Zeit und Beauftragten zu rufen, hört der Richter keine mit großem Beifall ausgewählten Zeugnisse. Nach einer langen Diskussion fand die kritische Versammlung ihr Ende.

Metallarbeiter.

Städte i. West. „Zu oft alle Hoffnung, die ihr hier einbringt.“ Dieser böse Spruch wäre für die Arbeiter kein großer Vorfall, wenn für die Firma Einsicht in so manche Schuß besitzende wären. Sie müßte es vielleicht endlich tun, wenn sie alle die Firmen, bei denen Arbeit an Straße ist, kennen würden. In den Firmen, bei denen Arbeit geboten ist, gehört Unmöglichkeit die im Jahre 1907 geschaffene Satzung die Gleichheit geistig ist, M. w. d. S. Es ist das Sitz der Welt erhaben, glaubten viele Redner, daß das wohl ein Werkzeuge sein würde. Sie haben ja über alles in ihren Hoffnungen geschrift, außer jenseit ihres der Direktor, der als die Freunde der Arbeiter, aber nur in mehr als großer Freude der Unternehmensorganisation bekannt ist. Die Lohn- und Arbeitsverhältnisse sind nun möglich, bei 10% höherer Arbeitszeit und unzureichender Tätigkeit verdienten verdienstlose Arbeiter 3,50 bis 4,0. Dieser Zuschlag gilt auch für gelehrte Arbeiter. Belegschaftsangeboten gilt es in diesem Bereich nicht. Das Kreuzen der Sätze auf den Logenplatten ist durch 4 bis 5 Logenplatte besetzt. Das Richter sagten, daß Wissenskraft die Plätze benötigen in und so der Schriftsteller bestreitet werden. In wenigen Minuten ist dann

ein Teil der Fabrikräume mit Rauchwölfen gefüllt und die Arbeiter sind gehoben, in diesen unglaublichen Räumen arbeiten zu müssen. Die Wascheinrichtungen spotten jeder Beschreibung. Zu einem Waschbecken von 1,50 Meter Länge sollen sich etwa 50 Arbeiter waschen; daß das schlecht möglich ist, braucht wohl nicht besonders gesagt zu werden. Auch ist ein großer Mangal am Schuhvorrichtungen vorhanden. Die Arbeiter wollen den Gewerbeinspekt noch nie in diesem Betrieb gesehen haben. Auch tragen die Arbeiter über schlechte Behandlung. Den Ingenieur Hilberbrandt, der, wie er selbst sagt, Offizier gewesen ist, hindert seine gute Bildung nicht, sich an Arbeitern zu vergreifen und ihnen gegenüber Ausdrücke zu gebrauchen, die man von einem gebildeten Menschen nicht erwarten sollte. Das Überstundenleben steht in höchster Wille. Bissher gab es für Überstunden 50 Prozent Aufschlag. Jetzt mit einemmal macht man durch Anschlag bekannt, daß es nur noch pro Überstunde 10 % Aufschlag gibt. Damit gab sich ein Teil der Arbeiter nicht zufrieden und verweigerte die Überstunden. Die Firma gab als Entschuldigung an, daß sie die Überstunden so bezahle wie im Baumwollwerk. Weiter wurde erklärt, wer die Überstunden nicht machen wolle, der kann gehen oder er fliegt. Die Unfallgefahr ist eine sehr große. Nur der äußersten Aufmerksamkeit der Arbeiter ist es zu verdanken, daß größere Unfälle nicht schon öfters vorgekommen sind. Lagerfässer in einem Gewicht bis zu 5000 Kilogramm werden an Transportkarren hochgezogen, die nur eine Tragkraft von 2000 Kilogramm aufweisen. Das Reihen der Ketten ist keine Seltenheit, wenn ein solches Lagerfass hochgezogen wird. Von einigen Tagen hat sich bei dem Transport eines Lagerfasses ein schwerer Unglücksfall ereignet, indem einem Arbeiter ein Fuß oberhalb des Kessels abgeschlagen wurde. Dem Berufsgläckler mußte das Bein am Knie amputiert werden. Auch eine Fabrikanklasse hat die Firma. Die Arbeiter aber erklären, daß sie beschützen, wenn sie dieselbe in Anspruch nehmen, entlassen zu werden. Ein Arbeiter hatte sich so an der Hand verletzt, daß er zu feiern gezwungen war. Derselbe Arbeiter sah sich nach einigen Wochen eine Verletzung am Fuß zu; da erklärte man ihm, das dürfe nicht öfter passieren. Bald darauf wurde dem Arbeiter gefündigt. Vor kurzem machte man durch Anschlag bekannt, daß die Krankenkassenbeiträge erhöht werden müssen. Die Arbeiter erklärten sich bei einem Meister, der Vorstandsmitglied ist, nach der Ursache der Erhöhung. Das Vorstandsmitglied konnte aber keine Auskunft geben. Den Arbeitern rufen wir zu: Organisiert euch, schließt euch dem Deutschen Metallarbeiter-Verband an, damit diese unzutreffigen Zustände beseitigt werden können.

Düsseldorf-Benrath. Die meisten Eisenkonstruktionsbetriebe sind Taubenschläge. Es geht da ein und aus in ewigem Wechsel. Die Firma Leine, A. & C. in Benrath, steht in dieser Beziehung, also in bezug auf die Fluktuation, wohl an erster Stelle. Neben den Löhnen, die zu niedrig sind, sind es auch die Verhältnisse in hygienischer und sanitärer Beziehung, die sehr viel zu wünschen übrig lassen. Obwohl wir die Zustände schon öfter in der Presse und in Versammlungen kritisiert haben, bleibt alles beim alten. Hin und wieder wird einmal die verfehlte Hand angelegt, aber dann reicht der alte Scheindienst wieder ein. Die Betriebsleitung hat schon öfter versucht, die Arbeiter für die Zustände auf dem Wert verantwortlich zu machen. Es soll auch gar nicht behauptet werden, daß die Arbeiter in diesen Werklen alle Engel sind. Aber woher kommt das? Feier, der durchkreuzt und auf der Landstraße sein Geld aufgebracht und seine Stiefelsohlen verschlissen hat, arbeitet einige Wochen bei Fender oder bei Lehmann. Hunderte kommen und Hunderte gehen, Organisierte und Unorganisierte, Unständige und auch mal weniger Unständige. Sie alle arbeiten einige Wochen oder Monate, um sich mittlerweise nach etwas anderem umzusehen oder wieder abzureisen. Wenn die jüngeren Kollegen im Winter in den Flenderischen Hallen arbeiten, wo der Wind durch die Fenster ohne Rahmen, durch offene Tore und Lüften pfeift, dann warten sie sehnsüchtig auf den Frühling, denn auf die Dauer würde ihre Gesundheit untergraben werden, wenn sie da länger verbleiben würden, die starke Zugluft verursacht fortlaufende Erkrankungen und sonstige Schädigungen. Da steht Zeit ist zu allem anderen ein Strahlensystem gekommen, das wahrscheinlich in Deutschland seinesgleichen nicht hat. Bei allen Verschwendungen, namentlich wenn die Arbeiter bei der Arbeit fernbleiben, werden enorme Beiträge als Schadenertrag in Berechnung gebracht und abgezogen. So für einen Tag 10 M, für zwei Tage 17 M, bei kleineren Verschwendungen Beiträge von 3 bis 10 M. Natürlich ist es nicht zu billigen, wenn einer von der Arbeit fernbleibt, obwohl es, wie gesagt, im Winter sicher kein Vergnügen ist, in den Flenderischen Hallen zu arbeiten. Aber derartige Strafen (Schadenertrag) werden sie genommen sind dem doch standhaft. Mit welchem Recht steht die Firma diese Beiträge einzigartig fest? Auf welche gelegenen Bestimmungen rügt sie sich? Weiber sagen die Arbeiter diese Schadenergabträge nicht am Gewerbege richt ein, sondern sie gehen ihrer Weise, weil sie nicht 8 bis 14 Tage auf die Siedlung der Klage warten können oder wollen. Den durchziehenden Kollegen aber können wir raten, den Flenderischen Betrieb zu meiden. Denn zu den bezeichneten Werkstätten kommt auch noch die Behandlung. Ausdrücke wie „Esel“, „Schafkopf“, „Ich trete dich in A.“ und ähnliche Kostenarten verhindern den Betrieb.

Neustadt a. S. Die Lohn- und Arbeitsverhältnisse bei der Internationalen Bau- und Möbelfabrik gelingen uns, sie einmal an dieser Stelle zu beleuchten. Es handelt sich um einen neuen Betrieb, neu in der Art, daß die Maschinenbau- und Reparaturwerke der Firma Weiß & Freitag einen neuen Direktor erhalten hat, einen Herrn Belsen, der in Dortmund bei Einigkeit selbst eine Fabrik besitzt. Mit der Einstellung eines Direktors für diese Abteilung ist sie zugleich zu einem selbständigen Betrieb abgetrennt. Für diesen neuen Betrieb wurde eine Arbeitsordnung herausgegeben, bei der es zum Schlus heißt: Vorzehende Arbeitsordnung wurde noch am 1. Januar 1912 des laufenden Arbeitstages festgestellt, erfuhr die heute am 4. November tagende öffentliche Metallarbeiterversammlung, das Bureau der Versammlung möge an die Herren Fabrikanten das Schreiben stellen, die Arbeitszeit an den Samstagen vom 1. Januar 1912 an um zwei Stunden zu verlängern unter Fortzahlung des Lohnes für die Lohnarbeiter. Des weiteren sollen die Herren Fabrikanten erachtet werden, die Lohnzahlung so einzurichten, daß diese mit Schluss der Arbeitszeit beendet ist. Von dem Verschaffer der Resolution und aus der Mitte der Versammlung heraus wurde die Meinung vertreten, daß die Fabrikanten nur auf die Eingabe warteten, sie waren schon damit einverstanden. Der Referent der Versammlung (Bezirksleiter Schied) bestreitete dies, er sagte, trotz aller Berechtigung des Wunsches der Arbeiter zweifte er daran, daß die Unternehmer entgegenstehen, eine Arbeiterschaft wie die auf dem Schwarzwald, die den Wert der Organisation noch nicht begriffen habe, könne auch auf Konzessionen der Unternehmer nicht rechnen. Das Unternehmertum sei nur dann bereit, der Arbeiterschaft entgegenzustehen, wenn es befürchten müßte, von den Organisationen der Arbeiter dazu gezwungen zu werden. Die Resolution wurde am 7. November vorigen Jahres den Fabrikanten mit einem Begleitschreiben zugeschickt. In dem Begleitschreiben wurde darauf hingewiesen, daß auf Grund der gelegischen Bestimmungen ja heute schon die Arbeitertum am Samstag nur 8 Stunden Arbeitszeit haben und daß dies an anderen Orten schon seit dem 1. Januar 1910 auch auf die männlichen Beschäftigten ausgedehnt worden sei. Es wurde dann, um eine bessere Verständigung herzuführen, um eine persönliche Verhandlung nachgezogen. Die Herren Fabrikanten brauchten zur Beantwortung ziemlich lange, die Sache hat ihnen zweifellos einige Kopfschmerzen verursacht, außerdem wußten die Herren in eigener Sache auch noch die Ansicht der Hauptabteilung am Schwarzwald (der Schwedinger Fabrikanten) einholen. Am 29. November ließ dann folgende klärende Antwort der Unternehmer ein: „Herr G. Reinbold, Schied. In Beantwortung Ihrer Befragung vom 7. cr. Der Zweck unserer Anordnung der Feiertagsarbeit (mit Freistellung des Kirchenbesuchs) ist der, hier gleiche Verhältnisse zu schaffen, wie an anderen Plätzen unserer Schwarzwaldindustrie und der Arbeiterschaft erweiterte Verhältnisse gelegentlich zu geben. Wir werden diese Maßnahme nicht wieder zwecklos machen durch Abkürzung der Arbeitszeit an den Samstagen; wir müssen es auch ablehnen, hierfür Entschädigung zu leisten. Ihrer Ansicht, daß bei einer Verkürzung der jetzigen Arbeitszeit die Arbeit wie vorher in unserer nicht schwierigen Fabrikatelier dauernd geleistet würde, können wir nicht zustimmen. Bei Alltagsarbeit könne es nur auf Kosten der Qualität geschehen und die Taglohnarbeiter werden selbst nicht begeistert wollen, daß sie seither ihre Arbeit nicht

die gesetzlichen Bestimmungen, wonach Lohnabrechnungen der Arbeitsordnung 14 Tage vorher den Arbeitern bekannt gegeben werden müssen, so ohne weiteres hinwegsehen. Es dürfte durchaus nichts schaden, wenn Herr Belsen recht deutlich gesagt würde, daß die gesetzlichen Bestimmungen auch für ihn Gültigkeit haben. Den Arbeitern aber wollen wir sagen, daß jede Arbeiterschaft die Behandlung verdient, die sie sich gefallen läßt. Erst wenn die Erkenntnis gekommen ist, daß durch die gewerkschaftliche Organisation, durch den Anschluß an den Deutschen Metallarbeiter-Verband, derartige Verhältnisse geändert werden können, wenn sich die Arbeiter darüber sind, daß nicht Werkverträge, auch nicht die von der Werkleitung protegierte Baugenossenschaft instande sind, zur Verbesserung ihrer Lage beizutragen, sondern lediglich der Anschluß an die gewerkschaftliche Organisation dies bewirkt, dann wird es besser werden. Wir richten deshalb an alle in der Metallindustrie in Neustadt beschäftigten Metallarbeiter die dringende Mahnung, sich dem Deutschen Metallarbeiter-Verband anzuschließen, um durch die Geschlossenheit bessere Verhältnisse zu erlangen.

Strasburg i. E. (Christliche Mitgliederzahlen.) In Nr. 9 des Deutschen Metallarbeiter-Verband ist ein Bericht über die Generalversammlung der hiesigen Verwaltungsstelle der Zentrumsverhältnisse zu lesen. Nachdem das übliche Lamento geschlagen ist über die Launheit der Kollegen, den schlechten Versammlungsbeginn, geringe Opferwilligkeit etc., bringt man es nicht übers Herz, nicht auch zu heimetreten über den „Terrorismus des roten Verbandes“, in dem die Arbeiter „hineingezogen“ werden, die nur aus Angst nicht „christlich“ organisiert sind etc. Wir wollen über diese christliche Deliktheit mit dem Ausdruck des Gedankens zur Lagesordnung übergehen. An dem ganzen Bericht ist eigentlich nur der Kostenbericht vom Jahre 1911 bemerkenswert. Da heißt es: „Einnahmen an Beiträgen 309,10 M.“ Für Aufnahmen ist überhaupt nichts verzeichnet. Wenn wir nun den mittleren Beitrag des „christlichen“ Verbandes von 60 S als Basis nehmen, erhalten wir über die Mitgliederzahl folgendes Bild: Einnahmen 309,10 M : 60 = 515 Beiträge im Jahr. Bei Berechnung von 48 Beiträgen pro Kopf im Jahr gibt das eine Mitgliederzahl von 6100 Mann, bei Berechnung von 40 Beiträgen, wie dies beim Zentrums-Metallarbeiterverband der Fall ist, ganze 61000 Mitglieder. Also im günstigsten Fall ein ganzes Bilderbuch. Nun heißt es noch im Bericht: „Sind auch kein Ganggang unserer Ortsgruppe zu verzeichnen, so könnte... u. s. w. Also da haben wir es wieder einmal. Gesunken muss werden bei den Zentrumsämpfern für Wahret und Rettet, anders geht es eben nicht. Wie man aber mit Zahlen um sich wirft, geht klar aus dem Bericht der „Städtischen Arbeitslosenversicherung“ der Stadt Strasburg her vor. In diesem Bericht lesen wir über die Städte der Gewerkschaften folgendes: „Christlicher Metallarbeiterverband: Mitgliederstand am 1. Januar 1910 = 56 Mitglieder, am 1. Januar 1911 = 515. Hinter Gedankenstrichen macht man sich also seine Gedanken. Aber eine Rands bemerkung läßt die Sache etwas, denn im Bericht heißt es: „Trotz mehrfacher Auflösung sind die Angaben nicht eingehandt worden.“ Ja, ja, wir glauben gerne, daß es angehört solcher großer Mitgliederzahlen schwer fällt, der Wahrheit die Ehre zu geben. Das Klunkern geht aber auch immer schlechter, denn jedes Jahr wird man dann von den bösen „Roten“ auf die Finger gelappt. Die Strasburger Metallarbeiter haben über schon lange erkannt, wie fast liberal, daß ihre Interessen nur im Deutschen Metallarbeiter-Verband vertreten werden können.

Trierberg. Die wirtschaftliche Lage der Arbeiterschaft in der Hirschindustrie des Saarwaldes war schon öfter Gegenstand sozialpolitischer Untersuchungen. Wir erinnern an das Werk des Herrn Warrens Feuerstein, weiter an das Werk des Herrn Dr. Dienstag und an die Arbeiten, die der Deutsche Metallarbeiter-Verband herausgegeben hat. Bei allen diesen Untersuchungen wurde übereinstimmend festgestellt, daß die Entlohnung der Arbeiterschaft der Uhrenindustrie eine völlig ungenügende ist und daß auch die sonstigen Verhältnisse viel zu wünschen übrig lassen. Um nur einigermaßen auskommen zu können, muß im Schwarzwald Frau und Kind mitarbeiten und es muß neben der 10stündigen Arbeit im Betrieb noch mehrere Stunden Heimarbeit geleistet werden. In ihrem Jahresbericht von 1910 stellt auch die württembergische Gewerbebevölkerung fest, daß mit Spindelschleudern Kinder bis zum Alter von 5 Jahren herab beschäftigt werden. Doch in der Ausnutzung der Arbeiter ist das Unternehmertum der Uhrenindustrie unerlässlich und so wurde im Oktober des vorigen Jahres in den Trierberger Betrieben durch Anschlag bekannt gemacht, daß in Zukunft ein Teil der kirchlichen Feiertage in Wegfall kommen und an diesen Tagen gearbeitet werden solle. (Die katholische Kirche hat sich den Bedürfnissen ausfließen lassen, um nur die 10stündige Arbeitszeit zu bewältigen, und so wurde der 10stündige Arbeitstag in Wegfall kommen und an den Kirchenfesten der Feiertag doch nur unter den Obnahmestill für die betreffenden Tage bedeckt und deshalb die Arbeiter gezwungen sind, sich in den Wochen, in die Feiertage fallen, noch mehr als sonst üblich einzuschränken.) Am 4. November vorigen Jahres fand nun eine vom Deutschen Metallarbeiter-Verband einberufene Versammlung statt, in der am Schlus aus der Versammlung heraus folgende Resolution eingereicht wurde: „In Unbetacht des Umstandes, daß durch Verfügung der Herren Fabrikanten in Zukunft ein Teil der bis jetzt gefeierten kirchlichen Feiertage in Wegfall kommt und dadurch eine Verlängerung der Arbeitszeit im Jahre stattfindet, erfüllt die heute am 4. November tagende öffentliche Metallarbeiterversammlung, das Bureau der Versammlung möge an die Herren Fabrikanten das Schreiben stellen, die Arbeitszeit an den Samstagen vom 1. Januar 1912 an um zwei Stunden zu verlängern unter Fortzahlung des Lohnes für die Lohnarbeiter. Des weiteren sollen die Herren Fabrikanten erachtet werden, die Lohnzahlung so einzurichten, daß diese mit Schluss der Arbeitszeit beendet ist.“ Von dem Verschaffer der Resolution und aus der Mitte der Versammlung heraus wurde die Meinung vertreten, daß die Fabrikanten nur auf die Eingabe warteten, sie waren schon damit einverstanden. Der Referent der Versammlung (Bezirksleiter Schied) bestreitete dies, er sagte, trotz aller Berechtigung des Wunsches der Arbeiter zweifte er daran, daß die Unternehmer entgegenstehen, eine Arbeiterschaft wie die auf dem Schwarzwald, die den Wert der Organisation noch nicht begriffen habe, könne auch auf Konzessionen der Unternehmer nicht rechnen. Das Unternehmertum sei nur dann bereit, der Arbeiterschaft entgegenzustehen, wenn es befürchten müßte, von den Organisationen der Arbeiter dazu gezwungen zu werden. Die Resolution wurde am 7. November vorigen Jahres den Fabrikanten mit einem Begleitschreiben zugeschickt. In dem Begleitschreiben wurde darauf hingewiesen, daß auf Grund der gelegischen Bestimmungen ja heute schon die Arbeitertum am Samstag nur 8 Stunden Arbeitszeit haben und daß dies an anderen Orten schon seit dem 1. Januar 1910 auch auf die männlichen Beschäftigten ausgedehnt worden sei. Es wurde dann, um eine bessere Verständigung herzuführen, um eine persönliche Verhandlung nachgezogen. Die Herren Fabrikanten brauchten zur Beantwortung ziemlich lange, die Sache hat ihnen zweifellos einige Kopfschmerzen verursacht, außerdem wußten die Herren in eigener Sache auch noch die Ansicht der Hauptabteilung am Schwarzwald (der Schwedinger Fabrikanten) einholen. Am 29. November ließ dann folgende klärende Antwort der Unternehmer ein: „Herr G. Reinbold, Schied. In Beantwortung Ihrer Befragung vom 7. cr. Der Zweck unserer Anordnung der Feiertagsarbeit (mit Freistellung des Kirchenbesuchs) ist der, hier gleiche Verhältnisse zu schaffen, wie an anderen Plätzen unserer Schwarzwaldindustrie und der Arbeiterschaft erweiterte Verhältnisse gelegentlich zu geben. Wir werden diese Maßnahme nicht wieder zwecklos machen durch Abkürzung der Arbeitszeit an den Samstagen; wir müssen es auch ablehnen, hierfür Entschädigung zu leisten. Ihrer Ansicht, daß bei einer Verkürzung der jetzigen Arbeitszeit die Arbeit wie vorher in unserer nicht schwierigen Fabrikatelier dauernd geleistet würde, können wir nicht zustimmen. Bei Alltagsarbeit können es nur auf Kosten der Qualität geschehen und die Taglohnarbeiter werden selbst nicht begeistert wollen, daß sie seither ihre Arbeit nicht

(Fortsetzung auf Seite 207)

Deutscher Metallarbeiter-Verband

Zurechnung für das Jahr 1911.

Ginnahme

Vergleichs jahr der Dritte	Zahl der Mitglieder	Befreiungssatze			Nettobetrag			Unterhaltung in Prozenten der Bruttoeinnahmen			Gehalts- zusammenfassungen			Gehalts- zusammenfassungen			Gehalts- zusammenfassungen					
		Wochen- lohn a 150,-	Wochen- lohn a 20,-	Wochen- lohn a 20,-	Wochen- lohn a 20,-	Wochen- lohn a 20,-	Wochen- lohn a 20,-	Wochen- lohn a 20,-	Wochen- lohn a 20,-	Wochen- lohn a 20,-	Wochen- lohn a 20,-	Wochen- lohn a 20,-	Wochen- lohn a 20,-	Wochen- lohn a 20,-	Wochen- lohn a 20,-	Wochen- lohn a 20,-						
1. Baden -	1280	639,45	229,50	19,20	702,60	19,80	-	127,70	859,11	10	529	195	40	805	195	195	195	195	195	195	195	195
2. Nürnberg -	2185	2408,17	101,-	10,60	24,80	60814,80	1186,45	2096,25	101,60	-	51,-	1948,49	7	998	184	40	18040,17	805	195	195	195	195
3. Württemberg -	41	71,08	-	-	-	1867,40	-	-	-	-	-	14550,89	600	-	1280	-	1245,67	194,65	195	195	195	195
4. Mittelfranken -	443	498,08	187,-	-	-	4,80	18687,80	10,50	260,60	19,10	-	7,-	7263,92	543	-	805	195	195	195	195	195	195
5. Bamberg -	284	691,22	71,-	-	-	20,-	7812,20	-	107,60	8,-	-	7639,49	-	-	-	-	239,15	194,65	195	195	195	195
6. Mainfranken -	217	169,39	61,50	-	-	1,80	4464,20	457,85	120,60	6,80	-	5187,51	200	946	150	1097,97	184,57	194,64	195	195	195	195
7. Thüringen -	201	87,68	89,50	-	-	2,80	8959,50	14,65	127,05	9,10	-	10495,40	20	663	110	1789,97	951,42	195	195	195	195	
8. Apolda -	822	931,60	68,-	-	-	72,00	8905,50	15,-	2661,05	2,-	-	803,-	185	-	1884,09	185	4265,45	194,64	195	195	195	195
9. Arnstadt -	247	908,11	84,-	-	-	7,20	8055,80	-	102,60	7,40	-	19,90	8821,93	-	-	1884,09	185	4980,02	194,64	195	195	195
10. Weimar -	280	901,88	51,-	-	-	1,20	8055,80	-	102,60	7,40	-	19,90	8821,93	-	-	1884,09	185	4980,02	194,64	195	195	195
11. Erfurt -	493	637,82	108,-	-	-	40,-	11689,90	25,40	516,85	10,80	-	13,85	12857,82	-	-	1112,12	1200	1200	1200	1200	1200	1200
12. Württemberg -	582	1,84	-	-	-	1,40	18620,20	578,-	174,80	9,10	-	124,60	86834,08	767,-	-	1097,97	110	1659,97	111	1659,97	111	1659,97
13. Alte L. G. -	8202	1841,01	7,60	-	-	78,40	8000,40	-	2083,75	78,70	-	170,45	248,66	805	330	170,45	170,45	170,45	170,45	170,45	170,45	
14. Meissen -	87	-	17,-	-	-	40,-	1743,-	-	11,25	7,50	-	177,95	17,50	25	177,95	17,50	177,95	17,50	177,95	17,50	177,95	
15. Sachsen -	1909	454,62	8,45	-	-	6,90	89954,20	528,-	450,80	89,70	-	56803,87	-	-	51,60	316,97	1061,88	606	1061,88	606	1061,88	606
16. Thüringen -	187	120,81	20,50	-	-	2,20	861,160	-	87,75	-	-	826,55	440,-	-	826,55	440,-	826,55	440,-	826,55	440,-	826,55	
17. Bayern -	29	161,01	8,50	-	-	1,80	881,-	881,-	881,-	881,-	-	881,-	881,-	-	881,-	881,-	881,-	881,-	881,-	881,-	881,-	
18. Berlin -	2985	9040,40	563,50	16,60	-	14,40	95827,70	471,70	635,75	88,-	-	106955,05	181,00	-	141,74	961,55	1491,96	76	1491,96	76	1491,96	76
19. Berlin -	60	77,75	18,-	-	-	1,-	179,60	-	179,60	-	-	180,00	68,-	-	180,00	68,-	180,00	68,-	180,00	68,-	180,00	
20. Bayreuth -	715	105,67	141,-	-	-	7,20	21037,10	-	164,50	460,45	-	12,10	180,21	64,-	-	180,21	64,-	180,21	64,-	180,21	64,-	
21. Bayreuth -	175	78,18	63,-	-	-	5,60	174,70	-	144,50	54,-	-	2,20	22074,60	882,85	-	22074,60	882,85	22074,60	882,85	22074,60	882,85	
22. Bamberg -	790	101,60	10,40	-	-	10,40	22074,60	-	255,70	8,10	-	255,70	8,10	-	255,70	8,10	255,70	8,10	255,70	8,10		
23. Bielefeld -	7700	4226,99	549,-	-	-	10,60	14,40	95827,70	471,70	635,75	88,-	106955,05	181,00	-	106955,05	181,00	106955,05	181,00	106955,05	181,00	106955,05	
24. Berlin -	8922	7041,17	1861,01	-	-	2158,90	291,60	22987,50	95698,85	22881,80	1487,20	302000	666,70	28868,62	180,-	12785,70	514117,20	565021,92	862289,05	514117,20	565021,92	
25. Brandenburg -	602	119,49	54,-	-	-	15,20	1659,50	-	10954,-	-	-	20989,60	-	-	20989,60	-	20989,60	-	20989,60	-	20989,60	
26. Brandenburg -	69	88,20	28,-	-	-	40,-	20989,60	-	15,20	7,50	-	15,20	28207,72	-	-	28207,72	-	28207,72	-	28207,72	-	
27. Brandenburg -	42	420,52	82,-	-	-	8,-	101,72	-	1269,60	761,-	-	1269,60	761,-	-	1269,60	761,-	1269,60	761,-	1269,60	761,-		
28. Brandenburg -	7700	4226,99	549,-	-	-	4,80	881,80	298,-	881,80	881,80	-	157,20	8405,55	314,80	-	86,60	2847,05	101,00	42475,45	121794,20	104000	
29. Bützow -	162	172,80	28,-	-	-	1,20	6844,40	94,25	186,-	1,60	-	183,85	101,90	-	101,90	101,90	1298,65	42462,90	12462,90	12462,90	12462,90	
30. Bützow -	880	805,60	4,50	-	-	1,20	1659,50	-	265,-	88,-	-											

Metallarbeiter-Zeitung.

Bergwerks- betrieb der Orte	Best- raum- fanz der gleicher	Einführung			Betriebe			Gesamt- ertrag																												
		Wert in 1000 R.																																		
164 Gebrüder	280002	92150	—	20	5887400	140120	510	—	935	555	1871792	81130	826520	286645	885	11058150	2623657	84400	—	260685164	25105166	—	—	—	—	—	—	—	—							
165 Gebrüder	172	92151	82	—	5886590	17080	1	—	—	—	1919	801	103	—	—	981131	8580566	1800	—	25105166	25105166	—	—	—	—	—	—	—	—							
166 Gebrüder	186	288449	13	—	40	939120	21425	—	—	—	—	—	—	—	—	114610	43996	1025	—	25105166	25105166	—	—	—	—	—	—	—	—	—						
167 Gebrüder	226	26667	25	140	190	939120	8945	20790	—	—	—	—	—	—	—	971045	87545	281145	5240	179749	16126284	1500	—	49419167	42140168	—	—	—	—	—	—	—	—			
168 Gebrüder	147	26667	25	140	190	593	939120	2421110	—	—	—	—	—	—	—	4536632	87545	10636443	2889	90	55	86	160	462886	1560	—	—	—	—	—	—	—	—			
169 Gebrüder	980	113172	198	—	300	2078970	26215	850	—	—	—	—	—	—	—	25949277	860555	102340	410496	1274	410	454071	104793	14240	144482	1500	—	49419167	42140168	—	—	—	—	—	—	—
170 Gebrüder	981	54061	112	—	720	1078970	2707870	560	—	—	—	—	—	—	—	209365	1510	22040	1454546	2240	2240	204583	423838	6400	262025169	4469204	1469204	1469204	1469204	1469204	1469204	1469204	1469204			
171 Gebrüder	981	67628	127	—	420	209365	1510	22040	—	—	—	—	—	—	—	2082181	700	2000	120	20	20	20	20	20	20	20	20	20	20	20	20	20	20			
172 Gebrüder	77	12823	260	—	—	8096150	44950	—	—	—	—	—	—	—	2240	9289163	700	186830	40	—	605235	1284727	14400	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—			
173 Gebrüder	480	77	47	—	720	1845930	3850	51850	—	—	—	—	—	—	—	2350	805	10592	10592	10592	10592	10592	10592	10592	10592	10592	10592	10592	10592	10592	10592	10592				
174 Gebrüder	29	7070	250	—	220	789170	161825	4075	2	—	—	—	—	—	—	2350	805	10592	10592	10592	10592	10592	10592	10592	10592	10592	10592	10592	10592	10592	10592	10592				
175 Gebrüder	155	9061	1950	19	220	8268	10150	10150	—	—	—	—	—	—	—	2350	805	10592	10592	10592	10592	10592	10592	10592	10592	10592	10592	10592	10592	10592	10592	10592				
176 Gebrüder	155	9061	1950	19	220	8268	10150	10150	—	—	—	—	—	—	—	2350	805	10592	10592	10592	10592	10592	10592	10592	10592	10592	10592	10592	10592	10592	10592	10592				
177 Gebrüder	160	801	28	—	28	647190	1820	20570	8	—	—	—	—	—	—	2350	805	10592	10592	10592	10592	10592	10592	10592	10592	10592	10592	10592	10592	10592	10592	10592				
178 Gebrüder	970	130867	67	269	620	647190	1820	20570	8	—	—	—	—	—	—	2350	805	10592	10592	10592	10592	10592	10592	10592	10592	10592	10592	10592	10592	10592	10592	10592				
179 Gebrüder	1307	29550	220	220	8268	10150	10150	—	—	—	—	—	—	—	2350	805	10592	10592	10592	10592	10592	10592	10592	10592	10592	10592	10592	10592	10592	10592	10592					
180 Gebrüder	155	9061	35650	2	2	647190	1820	20570	8	—	—	—	—	—	—	2350	805	10592	10592	10592	10592	10592	10592	10592	10592	10592	10592	10592	10592	10592	10592	10592				
181 Gebrüder	155	9061	35650	2	2	647190	1820	20570	8	—	—	—	—	—	—	2350	805	10592	10592	10592	10592	10592	10592	10592	10592	10592	10592	10592	10592	10592	10592	10592				
182 Gebrüder	155	9061	35650	2	2	647190	1820	20570	8	—	—	—	—	—	—	2350	805	10592	10592	10592	10592	10592	10592	10592	10592	10592	10592	10592	10592	10592	10592	10592				
183 Gebrüder	155	9061	35650	2	2	647190	1820	20570	8	—	—	—	—	—	—	2350	805	10592	10592	10592	10592	10592	10592	10592	10592	10592	10592	10592	10592	10592	10592	10592				
184 Gebrüder	155	9061	35650	2	2	647190	1820	20570	8	—																										

Quæstio

Ausgaben:

Aktion	280322,19
Informationskreis ic.	1926,80
Metallarbeiter-Zeitung	867636,32
Reisegeist	24988,21
Hilfsgeld	809649,95
Umzugunterstützung	124268,65
Erwerbslosenunterstützung	
a) Krankheit	813984,91
b) Sonstige Ursachen	146832,4
Streitunterstützung	4247687,80
Unterstützung wegen Maßregelung	190978,83
Unterstützung in Notfällen	84120,50
Übergebote	104044,70
Kreditkonto	79805,49
Kaufrechtehaltung intern. Beziehungen	7507,64
Darlehen an die Firma A. Schälicke & Cie.	72000,00
Kosten der Betriebsforschungen	8287,64
- - Besitzdekonferenzen	15898,18
- - Bildungsverträge	4745,31
- - Unterrichtskurse	10916,95
XII. ordentlichen Generalversammlung	86125,23
Delegation zum Gewerkschaftskongress	6173,52
Konferenz der Elektromonteur-	903,40
Vertragsarbeiterkonferenz	144,-
Beiträge an den Versicherungsbund	28760,-
- - die Generalkommission	68528,-
Streitunterstützung an die kroatischen Metallarbeiter	1500,-
Generalkommission, für ausgesetzte Fabilarbeiter	20000,-
	Übertrag 11261978,99

Generalkommission, für italienische Zeitungen	Übertrag 11261978,99
Büroausrichtung, fremde Rechnung	10982,85
Kapital- und Einkommensteuer	19818,15
Per Konto-Korrent-Konto	1220185,20
Burkabzahlt Vorschüsse	60112,16
Um die Verwaltungsstellen (Gesamt- ausgaben)	2774779,87
Verwaltungskosten:	
a) persönliche	128639,15
b) fachliche	128477,68
Verluste in den Verwaltungsstellen	2500,20
Sonstige Ausgaben	24414,58
Ressourcenstand am 31. Dezember 1911:	
a) Hauptkasse	56941,90
b) Verwaltungsstellen	617824,94
	674786,14
	Summe: 18205659,89

Übertrag 860711,58	
Porto für die Redaktion	140,-
Prozeß- und Anwaltskosten	1189,90
Zeitung	11,22
Bureauumiete	8840,-
Postmaterial	5200,55
Sonstige Ausgaben	1251,66
	372404,91
Einnahmen für Abonnements	2962,95
Inserate	1465,-
Sonstige Einnahmen	840,74
	4768,56
Saldo für den Verband	867636,82
Vom Verband bezahlt	867636,82
	Saldo:

Abrechnung d. Metallarbeiter-Zeitung für das Jahr 1911.

Sag, Druck und Papier	259991,87
Druckarbeiten	840,58
Gehalt der Redakteure	7121,38
Mitarbeiter	4888,38
Gehalt der Expedienten	10250,-
Postarbeit bei der Expedition	5049,-
Zeitungsbonnementen	1244,14
Porto für den Zeitungsvorstand	71820,99
	Übertrag 860711,58

Berer Kassenbestand	56941,90
Banck-Konto	8478971,-
Darlehen-Konto A. Schälicke & Cie.	1841682,47
Hypotheken-Konto	866000,-
Bestände in den Verwaltungsstellen	617824,94
	Summe: 6880419,61

Stuttgart, den 21. März 1912.
Th. Werner, Hauptkassier.
Revidiert und für richtig befunden:
Stuttgart, den 21. März 1912.
Für den Ausschuß:
Fr. Siegel. G. Denzel. G. Singel.

Fortsetzung von Seite 100)

Metallarbeiter geleistet haben. Wir bedauern also, auf Ihren Wunsch nicht eingehen zu können. Hochachtungsvoll (unterzeichnet von allen im Brage kommenden Firmen). Also lediglich, um den Arbeitern ihre Wahlwollen zu beweisen, um Ihnen Gelegenheit zu Mehrwerten zu geben, sind die Heizstage in Wegfall gekommen. Ja, ja, die Kollegen wissen gar nicht, wie vaterlich wohlwollend Ihre Herren Unternehmer sind. Das geht aber aus dem Schreiben mit aller Deutlichkeit hervor, daß selbst nach Meinung der Herren Fabrikanten die Kriegspreise so niedrig angestellt sind, daß nicht eine einzige Stunde mehr herausgeholt werden kann, daß also jetzt das menschenmögliche aus der Arbeiterschaft herausgerechnet wird. Dies bestimmt der ehrliche Seelen soll sich die Schwärzler Arbeiterchaft nur merken und daraus die nötigen Schlüssefolgerungen ziehen. Die Beauftragten der Arbeiterschaft haben aber trotz der ablehnenden Antwort an die Fabrikanten das folgende Schreiben gerichtet: „An die Herren ...“ Mit bestätigten Ihnen hiermit höflich den Empfang Ihrer Zuschrift vom 29. November betreffend unsere im Auftrage der öffentlichen Beschaffung gemachte Einlage. Wir bedauern Ihren ablehnenden Standpunkt und bedauern hauptsächlich, daß Sie der von uns angebotenen Aussprache über diese Angelegenheit nicht zugestimmt haben. Sie sind auch jetzt noch der Ansicht, daß eine solche Aussprache von Wert wäre und wir glauben auch, Ihnen in der persönlichen Bezeichnung den Nachweis liefern zu können, daß die von Ihnen in Ihrem Schreiben ausgedrückten Bedenken gegen eine Verkürzung der Arbeitzeit an den Samstagen nicht zutreffend sind. Wir möchten Sie also höflich ersuchen, nochmals an dieser Angelegenheit Stellung zu nehmen und einer persönlichen Aussprache Ihre Zustimmung zu erteilen. Sollte dies zum 15. Dezember keine Antwort von Ihnen erfolgen, so nehmen wir an, daß Ihre erste Entschließung aufrecht erhalten bleibt und wir werden dann diese Ihre erste Entschließung der Arbeiterschaft bekanntgeben. Hochachtungsvoll ...“
Kauf dieses Schreibens hat überhaupt nur noch eine Firma Antwort erwartet: Die erste Entschließung bleibt bestehen, eine Aussprache würde dann nichts ändern und deshalb habe sie auch keinen Wert. Wegen der Wahlbewegung kommt der Arbeiterschaft erst am 2. März Bericht erstattet werden. In einem Referat über den Kampf um den Arbeitstag zeigte der Referent Bezirksleiter Schied den Versammelten den Weg, den sie einschlagen müssen, um in diesen Fragen zu ihrem Recht zu kommen. Anschließend an das mit großem Erfolg ausgewonnene Referat erstattete der Kollege Reinbold Bericht über den Schriftwechsel mit den Fabrikanten. In den Diskussionen wurde dann das Verhalten der Fabrikanten einer scharfen Kritik unterzogen. Dabei wurde festgestellt, daß trotz des guten Herzens der Fabrikanten in der Fahrzeughutfabrik Abzüge gemacht werden, die alles bisher Dagewesene in Schatten stellen. Neben diesen Abzügen sind auch noch Strafen verhängt worden, die in bezug auf die Höhe ebenfalls einzigartig bestehen dürften. Auf der einen Seite das „Wohlwollen“ für die Arbeiter, auf der anderen ein immer weiteres Angreifen der Schraube. So wie in Trierberg ist es aber auf dem ganzen Schwarzwaldball. Diese schändliche Gegend, die jährlich von tausenden von Fremden besucht wird, bringt in der Arbeiterschaft ein Elend, über das Bände getrieben werden können. Aber die Arbeiterschaft ist selbst schuld an diesen Verhältnissen, weil sie, statt sich zu organisieren, allen möglichen Verfahren nachzuhelfen und sich immer und immer wieder einzuladen läßt. Mit ebendem Geschimpfe über die schlechten Verhältnisse, mit der Faust in der Faust wird dies nicht geändert. Eine Lederherstellung kann herbeigeschafft werden, wenn sich die Arbeiterschaft der gewerkschaftlichen Organisation, dem Deutschen Metallarbeiter-Verband, anschließt, die auf Grund ihrer Größe imstande ist, hier bessernd einzutreten. Die „christlichen“ Gewerkschaften, deren „Führer“ jetzt erst wieder bei dem großen Kampf der Bergarbeiter die Arbeiterschaft verraten haben, die dem Unternehmersumt unterwerden lassen, die nach dem Ausspruch des Oberstaatsmachers Till von den Gelben gelernt haben, kann allerdings nicht in Frage kommen. Auch dann nicht, wenn sie die Sichtlinien des Schwarzwaldes noch so große Würde geben, sie in empfindende Erinnerung zu bringen. Wenn sich die Metallarbeiter dem Deutschen Metallarbeiter-Verband anschließen, wenn sie daneben über auch die Arbeiterpreise bestellen und lesen, wenn sie endlich einsehen, daß auch sie ein Recht zum Leben haben, wird es auch besser werden. Seit zwei Jahren ist in der Metallindustrie Hochkonjunktur, die Unternehmer haben die Betriebe vergrößert, haben sich Fabriken gebaut, aber für die Arbeiterschaft, die alle diese Werke geschaffen hat, langt es kaum zum notdürftigsten. Metallarbeiter des Schwarzwaldes, organisieren euch und erkläre euch durch die Organisation, was die Unternehmer euch zu Unrecht vorenthalten!

und die ungelernten Arbeiter. Wir wünschen, daß der Fabrikarbeiterverbund sich kräftig weiterentwickeln möge. Sein Recrutierungsbereich ist noch gewaltig groß.

Der Deutsche Kriegerbund gegen die Gewerkschaften.

Doch der Deutsche Kriegerbund etwas plant, um zu verhindern, daß diejenigen von seinen Mitgliedern, die auch gewerkschaftlich organisiert sind, ihm den Rücken lehnen, sobald sie vor die Wahl gestellt werden, ob sie aus der Gewerkschaft austreten oder aus dem Kriegerbund ausgeschlossen werden wollen, ist bekannt. Nicht zum mindesten sorgten die großbürgerlichen Antidemokraten dafür, dass der Kriegerverein die Kriegsberufsmänner nicht annehmen darf, wo nach den Kriegervereinsmitgliedern „Ersatz“ für die Leistungen der Gewerkschaften geboten werden sollte. Rostow sollte der „Ersatz“ aber möglichst wenig und insolgedessen schmäler als das Projekt denn auch immer mehr zusammen. Was zurzeit davon übriggeblieben ist, geht aus einem Schriftstück hervor, das dem Vorwärts (Nr. 61 vom 18. März) auf den Tisch lag und folgendermaßen lautet:

B. P.

Der deutsche Kriegerbund plant die Errichtung einer Kriegervereins- und Fürsorgeanstalt.

Die Form der Kasse ist als Versicherungsstätte geplant, an welcher sich jeder freiwillig beteiligen kann. Es soll Aufgabe der Kasse sein: Erforscht die Kameraden zu unterstützen, welche durch Aussperrung und Streik in Notleidenschaft gezwungen sind, jedoch nur, wenn eine Beteiligung des Betreffenden an Streik erfolgt. Es soll weiter den Kameraden durch die Kasse Spesen geboten werden, welche wegen ihrer Bugehrdigkeit zu den Kriegervereinen durch den Terrorismus der sozialdemokratischen Gewerkschaften von ihren Arbeitsspielen verdrängt werden. Hierfür soll ein Beitrag von wöchentlich 10 Pf. erhoben werden, dem gegenüber als Leistung der Kasse bei Arbeitslosigkeit bzw. während der Aussperrung eine wöchentliche Unterstützung, und zwar an Dauerkasse 15 Pf. und Unverheiratete 12 Pf., jedoch nicht über die Dauer von 13 Wochen hinaus, steht.

Spottens soll den kleinen Gewerbetreibenden und Handwerkern durch die Kasse in solchen Fällen Schutz geboten werden, wo seitens der sozialdemokratischen Verbänden das Mittel des Verbots angewendet wird. Die Leistungen hierfür sind die gleichen wie die unter I angeführten, also 10 Pf. wöchentlicher Beitrag gegen 12 Pf. bzw. 15 Pf. wöchentliche Unterstützung.

Drittens soll die Kasse den kleinen Handwerkern und solchen landwirtschaftlichen Arbeitern, welche ein kleines Stückchen Land ihr eigenen nennen, eine Hilfe sein, wenn ein etwa plötzlich eintretendes Naturereignis wie Hagel, Überschwemmung u. s. w. Schaden anrichtet. Wie in solchen Fällen bisher vom deutschen Kriegerbund aus der Bundeskasse geleistete Unterstützungen sollen noch wie vor bestehen bleiben und soll gegen einen wöchentlichen Beitrag von 10 Pf. ein etwaiger Schaden bis zu 10 Prozent, also, da die Unterstützungen der Bundeskasse ebenso hoch sind, mit 20 Prozent gedekt werden.

Mertens soll auch die Kasse in den Dienst der Kameraden gestellt werden, welche als Beamte oder Privatangestellte beschäftigt sind, um es denselben zu ermöglichen, in Krisenzeiten eine Hilfe zu erhalten. Hierfür ist allerdings ein Beitrag von 20 Pf. zu zahlen, dem gegenüber ebenfalls 15 Pf. bzw. 12 Pf. wöchentliche Unterstützung stehen.

Um recht zahlreiche Meldungen zur Beteiligung an dieser Kasse, die mir wirklich keine Beiträge fordert, wird geben. Heute erfolgten entsprechende Aussprachen mit den Gewerkschaften, die gleichzeitig nicht verbindlich, können also federfrei rückgängig gemacht werden.

Berlin, den 5. Februar 1912.

Verein ehemaliger Schiedler Dragoner.

Der Vorstand.

C. Conrad, Vorsitzender.

C. Höhfeld, Schriftführer, Gothaerstr. 25.

Soviel die Kasse für Arbeiter in Betracht kommt, soll sie also nur dann in Wirkung treten, wenn sie betreffenden Mitgliedern Streikberechtigte sind, jedoch ihr edles Gewerbe nicht ausspielen können. Uns kann's recht sein. Dadurch wird der wahre Charakter von dem, was man aus den Kriegervereinen machen will, erst recht deutlich.

Material für die geplante Buchhandelsvorlage.

Der Altenburger Volkszeitung wehrt der bekannte gütige Wind das nachfolgende Schriftstück auf den Tisch, das sie in der Nr. 58 veröffentlichte:

Altenburg, den 6. März 1912.

An die Industriellen von Altenburg und Umgegend!

Der Verband thüringischer Hauseindustrieller in Meiningen angeregt worden, die bestehende Ortsgruppe des Verbandes in Altenburg zu einem allgemeinen Arbeitgeberverband für Altenburg und Umgegend zu erweitern, um die Interessen der Mitglieder in allen Arbeitgeberfragen wahrzunehmen und eine gemeinschaftliche Behandlung und Abwehrung berechtigter Forderungen der Arbeiterschaft zu ermöglichen.

Der Verband thüringischer Hauseindustrieller in Meiningen erlaubt wir uns, die Zuschrift des Altenburger Volkszeitung zu der Aussprache auf den Tisch zu legen, aus der der vorjährigen Aussperrung folgendes Schreiben zu veröffentlichen:

Altenburg, den 12. August 1911.

Herrn

Wie Ihnen aus der Versammlung des Verbandes Thüringer Industrieller, Meiningen, und aus der diesigen Presse bekannt sein

wird, besteht auch in heutiger Metallindustrie seit b. b. R. partielle Aussperrung, der sich ein teilweise Sympathiekreis der Richtungsberatern angesehen hat. Gemäß den Sanktionen des Verbandes Thüringer Industrieller hatten sich in bankenbesetzter Weise die am S. b. R. im Europäischen Kongressversammlungen Industriellenverbündet, welche jedweder Art aus, durch Aussperrung bezw. Streik betroffenen Firmen nicht einzustellen. Beurteilung legte nun heutiger der Aussperrung nicht anheimgefallene, nicht organisierte Arbeitsschlüsse (hier folgen im Original die vollständigen Personalien) ohne Gründung die Arbeit niederr und gaben, in ihrem Gewerbe gefunden zu haben, nicht aus. Noch Lage der Sachdurchsetzung vermuten, daß Stecknahme und Entnahmen ungewöhnlich gängig machen und bitten wir überhaupt, während der Zeit der gegenwärtigen Verdegutung Leute nicht einzustellen, die sich über ihre Tätigkeit bis zu dem Tage, an welchem sie nach Arbeit nachfragen, nicht ausstellen können und Leute mit Entlassungsscheinen ab 5. August und später aus in Aussperrung und in den Streik verwickelten Werkstätten überhaupt nicht einzustellen.

Indem wir Sie unseres Dankes und unserer Unterstützung in ähnlichen Fällen versichern, zeichnen

Hochachtungsvoll

Die Volkszeitung bemerkt hierzu: Im vorliegenden Falle blieb der Erfolg aus, die Entlassung wurde nicht vorgenommen. Mit dem ge

